

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss (HGB)
zum 31. Dezember 2009

2009

The logo consists of a stylized graphic of three slanted parallel lines in blue, red, and yellow, followed by the word "Postbank" in a bold, blue, sans-serif font.

Postbank

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

2	Lagebericht
38	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009
40	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009
42	Anhang
71	Bestätigungsvermerk

Lagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Organisation und Steuerung

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister schwerpunktmäßig in Deutschland an. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn und für Teile des Geschäftsbereichs Financial Markets in Frankfurt am Main. Darüber hinaus hat die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz von 852 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG befindet sich in Hameln.

Im europäischen Ausland ist die Postbank im Privatkundengeschäft über Tochtergesellschaften in Luxemburg und in Italien vertreten. Im indischen Markt ist die Postbank über eine Tochtergesellschaft in der privaten Baufinanzierung tätig.

In den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Financial Markets ist die Postbank außerdem mit Tochtergesellschaften in Luxemburg und New York sowie mit einer Niederlassung in London vertreten.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Unternehmenssteuerung erfolgt konzernweit durch die Postbank. Die Steuerung innerhalb des Postbank Konzerns basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung des Postbank Konzerns ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern.

Darin enthalten ist das Ergebnis nach Steuern, das eine Überleitung von der Rentabilitäts- zur Effizienzperspektive ermöglicht. Aus den wesentlichen Ergebniskomponenten Gesamterträge und Verwaltungsaufwand lässt sich die Cost Income Ratio (CIR) als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung und damit für die Effizienz ermitteln. Sie bemisst sich konkret nach dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Gesamterträgen vor Risikovorsorge.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragskennzahl im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Ertrags- und Aufwandsgrößen. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Die variable Vergütung der Mitarbeiter und der Führungskräfte im Postbank Konzern ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich am Ergebnis vor Steuern und an der CIR. Zukünftig fließt aufgrund neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen bei unseren Führungskräften und Risk Takern zusätzlich ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung eines Teils der variablen Vergütung, der sogenannten Ergebniskomponente (die 30 % bis 40 % der variablen Vergütung beträgt), ein. Die Ergebniskomponente selbst wird nach Ablauf des Geschäftsjahres bewertet, einbehalten und im dritten Folgejahr mit dem Nachhaltigkeitsfaktor bewertet und dann gegebenenfalls fällig und ausgezahlt. Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert zusätzlich die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

I Angaben nach §§ 289 Abs. 4 und erläuternder Bericht

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2009 547.000.000 € und ist in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 der Satzung der Deutschen Postbank AG bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe beteiligt, die wiederum rund 30,5 % an der Deutschen Post AG hält,

welche mit ca. 39,5% an der Postbank beteiligt ist. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank AG mit Schreiben vom 9. März 2009 mitgeteilt, eine Beteiligung in Höhe von 25% plus eine Aktie an der Deutschen Postbank AG zu halten.

Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit rund 35,5%. Nach den uns vorliegenden Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1a WpHG per 31. Dezember 2009 sind keine sonstigen Aktionäre bekannt, die direkt oder indirekt mehr als 10% des Grundkapitals halten.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Die Hauptversammlung der Postbank hat am 22. April 2009 folgende neue Beschlüsse gefasst:

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital bis zum 21. April 2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273.500.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einer vom Vorstand bestimmten Bank oder von einem vom Vorstand bestimmten Bankenconsortium mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital um bis zu 164.100.000 € durch Ausgabe von bis zu 65.640.000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt zu erhöhen (Bedingtes Kapital I). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) und ist nur insoweit durchzuführen, wie von Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch gemacht bzw. die Pflicht zur Wandlung erfüllt wird.

Die genauen Regelungen zum Genehmigten Kapital und zum Bedingten Kapital I sind unserer – auch im Internet einsehbaren – Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 22. April 2009 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien im Wert von bis zu 10% des Grundkapitals ermächtigen.

Die Gesellschaft ist somit zum einen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 21. Oktober 2010 ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5% des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10% des Grundkapitals entfallen.

Zum anderen ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 21. Oktober 2010 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt

10% des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Anzurechnen sind Aktien, die die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt. Auf Grundlage der Ermächtigung erworbene Aktien kann der Vorstand in anderer Weise als durch den Verkauf über die Börse oder Angebot an alle Aktionäre nur in den in der Ermächtigung vorgesehenen Fällen verwenden. Es bedarf dazu jeweils der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung eigene Aktien zu erwerben in geringem Umfang Gebrauch gemacht. So wurden insgesamt 12.292 Aktien mit einem Kurswert von 176.000 € erworben. Bei Wiederveräußerung der Bestände ist insgesamt ein Verlust in Höhe von – 12.000 € entstanden. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 6 und 7 der ordentlichen Hauptversammlung vom 22. April 2009, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar sind.

Die jährlich wiederkehrende Erteilung der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien durch die Hauptversammlung entspricht einer verbreiteten Praxis bei börsennotierten Aktiengesellschaften in Deutschland. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 29. April 2010 vorschlagen, die Ermächtigung zu erneuern.

Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 Aktiengesetz geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 (2) der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG (die vormalige BHW Lebensversicherung AG), Postbank Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx und ihrer genannten Töchter durch die Postbank über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können von PBV Lebensversicherung AG, Postbank Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte die PBV Lebensversicherung AG, die Postbank Versicherung Aktiengesellschaft oder die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Postbank.

I § 289 a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de/ir abrufbar.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wett-

bewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen Komponenten und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Grundgehalt (Fixum), Nebenleistungen sowie Pensionszusagen. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist die Jahreserfolgsvergütung (Jahresbonus).

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der Jahreserfolgsvergütung richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Höhe der Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird die maximale Jahreserfolgsvergütung gewährt. Der mögliche variable Vergütungsanteil kann den fixen Vergütungsanteil übersteigen.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung (Sonderbonus) beschließen.

Neue Struktur der Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 intensiv mit dem Vergütungssystem des Vorstands der Deutschen Postbank AG befasst und Anpassungen des Vergütungssystems, mit denen den neuen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben Rechnung getragen wird, beschlossen. Die Vergütung des Vorstands wird zukünftig stärker auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet.

Die Gesamtvergütung besteht weiterhin aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich weiterhin auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird künftig, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht mehr vollständig auf Jahresbasis ausbezahlt.

Vielmehr stehen 60% der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernerfolgs. Die Nachhaltigkeit des Konzernerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase positiv oder gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten nachfolgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang.

Mitarbeiter

Die Postbank AG beschäftigte am Jahresende 2009, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 4.450 Mitarbeiter, rund 390 weniger als am 31. Dezember 2008. Darin enthalten ist ein Zuwachs von ca. 120 Mitarbeitern, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, durch Überleitung von Mitarbeitern des Ressorts Ressourcen aus der BHW Bausparkasse AG und der PB Filialvertrieb AG in die Deutsche Postbank AG und ein Abgang von ca. 560 Mitarbeitern, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, durch die Ausgründung der Callcenter Aktivitäten für Privatkunden in die neue Callcenter-Tochtergesellschaft PB Direkt GmbH, sodass gegenüber

Ende 2008 – bereinigt um die Verlagerungseffekte im Ressort Ressourcen und die Ausgründung der Callcenter Aktivitäten – der Personalbestand in der Postbank AG um rund 50 Mitarbeiter angestiegen ist. In der Gesamtzahl enthalten ist ein Anteil von etwa 37 % aktiver Beamter. Etwa 12 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Die Deutsche Postbank AG entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2009

Weltwirtschaft

Die globale Wirtschaft befand sich zu Beginn des Jahres 2009 in der tief greifendsten Rezession seit vielen Jahrzehnten. Infolge der Finanzmarktkrise schränkten die Unternehmen ihre Investitionen massiv ein. Die Industrieproduktion erlitt einen nie zuvor gesehenen Einbruch. Am schwersten aber wurde der internationale Handel von der Krise getroffen. Viele Staaten reagierten auf diese extreme Situation mit der Auflage umfangreicher Konjunkturpakete, um dadurch die Wirtschaft zu stabilisieren. Im Jahresverlauf zeigten diese Maßnahmen Wirkung: Weltwirtschaft und Welthandel erholten sich von den zuvor erlittenen Rückschlägen. Dennoch schrumpfte die globale Wirtschaftsleistung 2009 um 0,8 % nach einem Wachstum von 3 % im Vorjahr.

Die Vereinigten Staaten erlebten 2009 den schärfsten Konjunkturunbruch seit 60 Jahren. Besonders dramatisch war die Entwicklung bei den Bruttoanlageinvestitionen, die um rund 18 % gedrosselt wurden. Exporte und Importe schrumpften ebenfalls außergewöhnlich stark. Auch der private Verbrauch fiel trotz staatlicher Konsumanreize wie steuerlicher Entlastungen und der Abwrackprämie für Altfahrzeuge unter das Vorjahresniveau. Der Einbruch der Wirtschaft beschränkte sich zeitlich auf den Jahresbeginn; bereits in der zweiten Jahreshälfte erholte sich die Konjunktur wieder. Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 insgesamt um 2,6 % zurückging.

Die asiatischen Schwellenländer wurden von der globalen Wirtschaftskrise zwar auch getroffen, doch sie erholten sich wesentlich schneller als andere Regionen. Bereits im Frühjahr wurden schon wieder ansehnliche Wachstumsraten erzielt. Eine Vorreiterrolle nahm China ein. Hier wurde die Binnenwirtschaft durch ein massives Infrastrukturprogramm gestützt. Obwohl die Exporte um 16 % einbrachen, fiel das BIP-Wachstum 2009 nur leicht auf 8,7 %. Japan wurde aufgrund seiner hohen Exportabhängigkeit besonders stark vom Einbruch des internationalen Handels zu Jahresbeginn getroffen. Die Ausfuhren fielen 2009 im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Viertel. In diesem Umfeld schränkten auch die Unternehmen ihre Investitionen drastisch ein. Trotz einer wirtschaftlichen Erholung im Jahresverlauf schrumpfte das BIP 2009 spürbar um 5 %.

Die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stürzte auch den Euroraum Anfang 2009 tief in die Rezession. Die Exporte brachen ein, die Unternehmen reduzierten ihre Investitionen in einem nie zuvor gesehenen Maß und Tempo. Die Arbeitslosenzahl stieg kräftig an, sodass

auch der Konsum nachgab. Nicht zuletzt dank umfangreicher staatlicher Konjunkturprogramme stabilisierte sich die Wirtschaft ab dem Frühjahr. Im zweiten Halbjahr folgte eine moderate Erholung der Wirtschaft. Diese konnte den vorangegangenen Einbruch allerdings nicht einmal annähernd ausgleichen, sodass das BIP 2009 um 3,9% schrumpfte.

Deutsche Wirtschaft in der schwersten Rezession der Nachkriegszeit

Die deutsche Wirtschaft wurde von der globalen Wirtschaftskrise besonders hart getroffen. Das BIP stürzte 2009 gegenüber dem Vorjahr um 5% ab, obwohl bereits ab dem zweiten Quartal wieder positive Wachstumsraten im Vorquartalsvergleich zu verzeichnen waren. Die starke Exportorientierung erwies sich in der Weltrezession als die Achillesferse Deutschlands. Im Winterhalbjahr 2008/2009 brachen die Ausfuhren massiv ein. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Exporte 2009 um 14,2%. Da das Minus bei den Importen deutlich schwächer ausfiel, war der Außenhandel für 3,0 Prozentpunkte des BIP-Rückgangs verantwortlich. In der Krise fuhren die Unternehmen zudem die Bruttoanlageinvestitionen und ihre Lagerbestände massiv zurück. Letztere lieferten einen negativen Wachstumsbeitrag zum BIP in Höhe von 0,9 Prozentpunkten. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden um 20,5% reduziert. Demgegenüber erwiesen sich die Bauinvestitionen mit einem Rückgang um lediglich 0,8% noch als vergleichsweise stabil. Dies war nicht zuletzt dem staatlichen Infrastrukturprogramm zu verdanken: Dieses trug zu einer Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen um 5,2% bei, während die Wohnungsbauinvestitionen um 0,8%, die gewerblichen Bauinvestitionen um rund 3% sanken.

Der private Verbrauch expandierte 2009 in Deutschland real um 0,2% und erwies sich damit in der Krise als stabilisierender Faktor. Begünstigt wurde der leichte Anstieg durch die staatliche Abwrackprämie für ältere PKW, die zu einer kräftigen Ausweitung der Ausgaben in der Sparte Verkehr und Nachrichtenübermittlung führte. Zudem profitierten die privaten Haushalte von dem hohen Maß an Preisstabilität: Mit 0,4% im Jahresdurchschnitt erreichte die Inflationsrate ihr niedrigstes Niveau im wiedervereinigten Deutschland. Als – angesichts des Ausmaßes des Wirtschaftseinbruchs – erstaunlich robust erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Arbeitslosen lediglich um 155.000, die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2%. Gleichzeitig verringerte sich in fast allen Wirtschaftsbereichen durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit, den Abbau von Arbeitszeitkonten und die tariflich geregelte vorübergehende Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden.

Insgesamt verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2009 in Deutschland und in anderen großen Volkswirtschaften noch deutlich ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die Finanzmärkte befanden sich zu Beginn des Jahres 2009 in einem Zustand der Schockstarre, die von dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 ausgelöst worden war und durch die sich immer deutlicher abzeichnende massive globale Rezession noch verstärkt wurde. Bis in den März hinein verschlechterten sich die Bedingungen in fast allen Marktsegmenten

weiter. Ab dem Frühjahr zeigten jedoch die umfangreichen Rettungspakete der Regierungen und die Strategie der führenden Notenbanken, den Marktteilnehmern in massivem Umfang Liquidität zu extrem günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen, positive Wirkung. Unterstützt wurde dies im weiteren Jahresverlauf durch die graduelle Erholung der Weltwirtschaft. Die Verunsicherung der Anleger und das Misstrauen der Marktteilnehmer untereinander ließen daraufhin sukzessive nach. Der damit einhergehende Rückgang der Risikoscheu und das hohe Maß an Liquidität sorgten bis zum Jahresende für eine spürbare Entspannung an den Finanzmärkten. In fast allen Marktsegmenten fielen die Risikoprämien im Jahresverlauf unter die Werte, die vor der Eskalation der Finanzkrise im Herbst 2008 verlangt worden waren.

Die Notierungen an den Aktienmärkten standen zu Jahresbeginn unter massivem Abwärtsdruck. Stark sinkende Gewinnerwartungen und die Furcht vor einer kräftigen Zunahme der Insolvenzen ließen die führenden Aktienindizes der Industriestaaten bis März um mehr als ein Viertel einbrechen. Besonders stark betroffen waren erneut die Kurse von Finanzwerten, da die Finanzkrise bei Banken weiterhin einen erheblichen Wertberichtigungs- und Abschreibungsbedarf nach sich zog. Die sich abzeichnende Stabilisierung der Konjunktur und die umfangreichen Maßnahmen von Regierungen und Notenbanken zur Stützung von Wirtschaft und Finanzmärkten leiteten dann jedoch die Wende ein. Die führenden Aktienindizes ließen ihre Tiefpunkte rasch hinter sich. Bis zum Jahresende waren sogar kräftige Indexsteigerungen zu verzeichnen: So gewann der DAX im Jahresverlauf rund 24% und der EURO STOXX 50 sowie S&P 500 entwickelten sich mit einem Plus von 21% bzw. 23% ähnlich positiv. Die genannten Einflussfaktoren schlugen sich auch in den Notierungen anderer Wertpapiere nieder. So stiegen die Risikoaufschläge bei Unternehmensanleihen zwar zunächst weiter an. Am Ende des Jahres 2009 lagen sie aber deutlich niedriger als zu Jahresbeginn und vielfach auch unter den Ständen unmittelbar vor der Eskalation der Finanzkrise im Herbst 2008.

Die schwache Konjunktur und die Krise an den Finanzmärkten veranlassten die führenden Notenbanken 2009 zu einer extrem expansiven Geldpolitik. Die US-Notenbank hielt ihren Leitzins über das gesamte Jahr konstant bei annähernd 0%. Zudem stellte sie dem Finanzsystem über unkonventionelle Maßnahmen, vor allem den direkten Ankauf von Wertpapieren, Liquidität in sehr großem Umfang zur Verfügung.

Die Europäische Zentralbank (EZB) reduzierte ihren Leitzins von 2,5% zu Jahresbeginn bis zum Mai auf 1% und hielt ihn für den Rest des Jahres auf diesem Niveau. Zudem schrieb sie ab Juni erstmals Refinanzierungsgeschäfte mit einjähriger Laufzeit aus und startete im Juli ein Programm zum Ankauf von Covered Bonds. Mit diesen unkonventionellen Maßnahmen war die Geldpolitik im Euroraum noch expansiver, als der Leitzins von 1% impliziert. Die sehr kurzfristigen Geldmarktsätze fielen in der Folge unter das Leitzinsniveau und orientierten sich in der zweiten Jahreshälfte stark am Zinssatz für die Einlagefazilität, der bis auf 0,25% reduziert worden war.

Die Furcht vor einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise und der dadurch ausgelösten Flucht in den sicheren Hafen der Staatsanleihen hatten die Kapitalmarktzinsen im Euroraum um die Jahreswende 2008/2009 auf historische Tiefststände fallen lassen. Als Folge der sich abzeichnenden konjunkturellen Stabilisierung und einer wieder

zunehmenden Risikoneigung tendierten sie jedoch – trotz weiterer Leitzinssenkungen – ab April wieder aufwärts. Nach einem Zwischenhoch im Juni ließ der Aufwärtsdruck in der zweiten Jahreshälfte allerdings spürbar nach. Zum Jahresultimo 2009 lag die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen mit rund 3,4 % um gut 0,4 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen stieg hingegen im gleichen Zeitraum kräftig um etwa 1,6 Prozentpunkte auf gut 3,8 % an. Die Zinskurven haben sich damit sowohl im Euro-Raum als auch in den USA im Jahresverlauf signifikant versteilert.

Die Devisenmärkte wurden vor allem von der stark schwankenden Risikoneigung der Anleger und der Marktakteure geprägt. In den ersten Monaten des Jahres 2009 profitierte der US-Dollar noch von seiner Rolle als „sicherer Hafen“, sodass der Euro von rund 1,40 US \$ zu Jahresbeginn bis zum März auf 1,25 US \$ abwertete. Mit der spürbaren Erholung der Finanzmärkte verlor der Sicherheitsaspekt zunehmend an Bedeutung. Der Euro wertete daraufhin bis auf gut 1,50 US \$ auf. Am Jahresende notierte er mit ca. 1,43 US \$ um 2,7 % über dem Wert zum Vorjahresultimo.

Die Märkte entwickelten sich damit tendenziell wie von uns im letzten Geschäftsbericht erwartet. Wir waren für 2009 von moderat steigenden Renditen im Euroraum und einer Verteilung der Zinskurve ausgegangen. Die Absenkung des Leitzinses und der Rückgang der Geldmarktzinsen fielen aber noch deutlicher aus, als prognostiziert.

Branchensituation

Seit Ausbruch der Finanzmarktkrise Mitte 2007 beläuft sich das Volumen der von problembehafteten Aktiva verursachten Abschreibungen, Wertberichtigungen und Verlusten bei Finanzinstituten weltweit auf rund 1,7 Billionen US \$. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis haben die Institute im gleichen Zeitraum etwa 1,5 Billionen US \$ an frischem Kapital aufgenommen, das teilweise aus staatlichen Hilfsfonds bereitgestellt wurde. Insgesamt ergab sich 2009 gegenüber dem Vorjahr eine Entspannung. Während Finanzinstitute im Gesamtjahr 2008 noch Abschreibungen, Wertberichtigungen und Verluste in Höhe von deutlich mehr als 1.000 Mrd US \$ verkraften mussten, belief sich der entsprechende Betrag 2009 auf weniger als 340 Mrd US \$. Da die Berichtssaison der Finanzinstitute zum Geschäftsjahr 2009 noch nicht abgeschlossen ist, dürfte sich der Wert für 2009 zwar noch erhöhen. Dennoch sollte er auch insgesamt deutlich hinter dem Vorjahreswert zurückbleiben und damit die gegebene Entspannung an den Finanzmärkten dokumentieren. Nachdem diverse US-Banken schon im ersten Halbjahr 2009 eine teilweise Rückführung der erhaltenen Staatshilfen eingeleitet hatten, folgten verschiedene europäische Kreditinstitute diesem Vorbild im zweiten Halbjahr. Aber auch nach mehr als zwei Jahren kann die globale Finanzmarktkrise noch nicht ad acta gelegt werden. Im Jahr 2009 haben 140 US-Banken Insolvenz angemeldet, nahezu sechsmal so viele wie im Vorjahr. Dies war die größte Insolvenzwelle seit 1992.

In Deutschland wurden 2009 im Zusammenhang mit der globalen Finanzmarktkrise im Bankensektor staatliche Hilfspakete von verschiedenen privaten und öffentlichen Banken in Anspruch genommen.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir, wie im Vorquartal, die im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken mit Ausnahme der Hypo Real Estate berücksichtigt. Beim Vergleich der Geschäftszahlen der ersten drei Quartale 2009

mit den entsprechenden Vorjahreswerten dieser Institute ergibt sich ein gemischtes Bild. Alle Kreditinstitute konnten zwar ihr Zinsergebnis verbessern, doch erhöhten auch alle Institute die Risikovorsorge, und nur eine Bank konnte das Zinsergebnis nach Risikovorsorge im Vorjahresvergleich steigern. Der Provisionsüberschuss gab bei fast allen Instituten nach, nur eine Bank konnte den Verwaltungsaufwand verringern. Jeweils der Hälfte der Institute gelang eine Verbesserung des Handelsergebnisses bzw. eine Steigerung der Eigenkapitalrendite. Mit einer Ausnahme konnten alle Kreditinstitute die Aufwand-Ertrags-Quote verringern und nach Steuern einen Gewinn ausweisen. Operativ schrieb aber nur die Hälfte der Banken schwarze Zahlen. Bei der Aktienkursentwicklung konnten die vier deutschen Banken im vierten Quartal nicht an die guten Ergebnisse der beiden letzten Quartale anknüpfen. Alle vier mussten im Schlussquartal 2009 Kursverluste hinnehmen. Im ungewichteten Mittel verzeichneten sie im genannten Zeitraum einen Kursrückgang von rund 15 % und entwickelten sich damit deutlich schlechter als der DAX, der 5 % zulegte. Die Aktien aller vier Kreditinstitute notieren immer noch deutlich unter den Kursniveaus, die sie vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 erreicht hatten.

Unverändert ist die deutsche Bankenlandschaft von einer Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, gekennzeichnet. Konsolidierungsschritte zwischen den einzelnen Säulen waren auch im vierten Quartal 2009 nicht zu beobachten. Wie erwartet, hat sich innerhalb der Säule der privaten Banken die Übernahme des Privatbankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA durch die Deutsche Bank konkretisiert. Beide Parteien haben in einem Rahmenvertrag die Modalitäten der Übernahme vereinbart; der Erwerb soll im ersten Quartal 2010 abgeschlossen sein.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2009

Am 5. Februar 2009 emittierte die Postbank ihren dritten Jumbo-Hypothekendarlehenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd € und einer Laufzeit von fünf Jahren.

Am 3. Juli 2009 platzierte die Postbank ihren ersten Öffentlichen Pfandbrief im Volumen von 1 Mrd €. Am 20. August 2009 folgte die Aufstockung dieser Emission auf insgesamt 1,5 Mrd €.

Die Deutsche Bank gab am 9. März 2009 bekannt, dass sie 25 % plus eine Aktie an der Postbank hält. Die Aktien stammen im Wesentlichen aus dem Vollzug der Transaktion mit der Deutschen Post AG.

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG fand am 22. April 2009 in Frankfurt statt. Sämtlichen Beschlussvorschlägen wurde mit breiter Mehrheit zugestimmt.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG berief in seiner Sitzung am 29. Mai 2009 Stefan Jütte mit Wirkung zum 1. Juli 2009 zum neuen Vorsitzenden des Vorstands der Bank. Zuvor hatten der Aufsichtsrat und der bisherige Vorstandsvorsitzende, Dr. Wolfgang Klein, im besten gegenseitigen Einvernehmen entschieden, dass sein Mandat zum 30. Juni 2009 nach neun Jahren erfolgreicher Tätigkeit für die Postbank endet. Das als COO für das Ressort IT/Operations zuständige Vorstandsmitglied Dirk Berensmann und der Aufsichtsrat der Postbank verständigten sich über eine Beendigung der Aufgaben mit Ablauf des 29. Mai 2009. Sein Nachfolger wurde zum 30. Mai 2009 Dr. Mario Daberkow, der zuletzt als Generalbevollmächtigter für das Transaction Banking der Postbank zuständig war.

Am 25. November 2009 gab die Postbank im Rahmen einer Präzisierung ihrer strategischen Ausrichtung bekannt, mittelfristig und nachhaltig eine operative Eigenkapitalrendite nach Steuern von rund 13 % erreichen zu wollen. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis beabsichtigt die Postbank, bis 2012 ihre Gewinne zu thesaurieren.

Im Rahmen eines Asset Deals hat die Postbank ihre Callcenter-Einheiten mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2009 an die Postbank Direkt GmbH, Bonn, veräußert.

Die Postbank Privat Investment GmbH, Bonn, wurde mit Wirkung zum 31. Juli 2009 an die KAS Bank N. V., Amsterdam, veräußert.

Wichtige Ereignisse nach Jahresabschluss

Wichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2009

Investitionsschwerpunkte der Postbank lagen 2009 auf strategischen Projekten im Kundengeschäft sowie zur Einführung von weiterentwickelten Modellen zur Risikomessung und zur Optimierung des Liquiditätssteuerungssystems.

Vorangetrieben wurden zudem die Investitionen in Maßnahmen zum Erreichen der SEPA-Fähigkeit sowie die Umsetzung gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen, z. B. für die Payment Service Directive und die Verbraucherkreditrichtlinie, sowie von Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG), Basel II und Abgeltungssteuer. Des Weiteren wurde die Planung für den Aufbau einer strategischen Meldewesenarchitektur aufgenommen.

Zur Verbesserung der Kundenansprache wurden Kooperationsprojekte ins Leben gerufen, die eine flächendeckende Versorgung der Kunden mit Bargeld zum Ziel haben. Darüber hinaus wurde das Projekt „strategisches Filialnetzmanagement“ fortgeführt, in dessen Rahmen die Filialen der Postbank modernisiert werden.

I Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgsrechnung

Das Geschäftsjahr 2009 war erneut von schwierigen Rahmenbedingungen an den internationalen Finanz- und Immobilienmärkten und in der Realwirtschaft geprägt. Insbesondere im ersten Halbjahr hatte Deutschland Rekordrückgänge bei der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Die schwache Entwicklung der weltweiten Konjunktur strahlte auch auf die internationalen Immobilienmärkte, insbesondere in den USA und in Großbritannien, aus.

Diese negativen Umfeldbedingungen beeinflussten auch die Ergebnissituation der Postbank AG. Zwar entwickelte sich das Kundengeschäft insbesondere im deutschen Privat- und Firmenkundenbereich positiv, die widrigen externen Faktoren führten aber zu erfolgswirksamen Belastungen aus den Risikopositionen der Bank. Die Ausprägung dieser Sondereffekte ging allerdings gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zurück, sodass die Postbank im Geschäftsjahr 2009 ein negatives Ergebnis nach Steuern von –492 Mio € (Vorjahr: –1.170 Mio €) ausweist.

Während sich die kapitalmarktinduzierten und risikovorsorgebedingten Effekte 2009 belastend auf die Ergebnissituation auswirkten, verlief das Kundengeschäft insgesamt positiv. So konnte die Bank in vielen Kerngeschäftsfeldern ihre Marktposition ausbauen und Marktanteile hinzugewinnen. Vor allem im Spargeschäft wurde das Volumen deutlich ausgebaut. Aufgrund der anhaltend volatilen Entwicklung der Kapitalmärkte blieb die Kaufzurückhaltung unserer Kunden im Wertpapier- und im langfristig ausgerichteten Kapitalversicherungsgeschäft spürbar.

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Für das Geschäftsjahr 2009 ist mit 1.848 Mio € ein um 20,7 % niedrigerer Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Das niedrige Zinsniveau mit dem im Jahresverlauf 2009 deutlich zurückgegangenen kurzfristigen Zinsniveau bringt insbesondere für einlagenstarke Banken wie die Postbank Herausforderungen im Hinblick auf den Zinsüberschuss aus Spar- und Sichteinlagen mit sich. Der Margendruck hat sich in diesen Produktfeldern zwar im Verlauf des Jahres 2009 abgeschwächt, hielt aber im Vorjahresvergleich an. Gleichzeitig profitieren wir von der im Vorjahresvergleich steileren Zinsstrukturkurve, z. B. aus der natürlichen Laufzeitenstruktur unseres Kundengeschäftes mit relativ kurz laufenden Einlagen und einem langfristig orientierten Kreditgeschäft.

In diesem schwierigen Umfeld ging der Zinsüberschuss um 485 Mio € zurück. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Zinsüberschuss des Vorjahres aufgrund von Sondereffekten im vierten Quartal 2008 positiv überzeichnet war.

Das in einem schwierigen Marktumfeld gesteigerte Sparvolumen ermöglichte es uns, die kurzfristige Interbankenrefinanzierung deutlich zu reduzieren.

Die laufenden Erträge von 345 Mio € resultieren nahezu vollständig aus den Ausschüttungen der Spezialfonds und sind insgesamt um 63 Mio € rückläufig.

Provisionsüberschuss

Im Geschäftsjahr 2009 betrug der Provisionsüberschuss 435 Mio € und lag damit um 103 Mio € unter dem Vorjahreswert. Dem Anstieg des Provisionsüberschusses im Bereich Zahlungsverkehr sowie Kredit- und Avalgeschäft standen steigende Aufwendungen für Vermittlungsprovisionen gegenüber. Aufgrund der Kaufzurückhaltung der Kunden verringerte sich das Wertpapier- und Versicherungsgeschäft. Die Erträge aus den im Geschäftsjahr 2008 eingeführten Kontoführungsgebühren im Sparbereich sind planmäßig stark rückläufig.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften stieg im Vergleich zum Vorjahr um 129 Mio € und betrug 160 Mio €.

Im positiven Ergebnis aus Finanzinstrumenten sind realisierte Bewertungsgewinne aus Zinsderivaten in Höhe von 931 Mio € (Vorjahr: –852 Mio €) und unrealisierte Bewertungsverluste aus Finanzderivaten in Höhe von –886 Mio € (Vorjahr: +792 Mio €) enthalten.

Das verbesserte Ergebnis im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften ist im Wesentlichen auf das Devisenergebnis in Höhe von 82 Mio € (Vorjahr: –40 Mio €) zurückzuführen. Neben gesunkenen Absicherungskosten wirkte sich hier insbesondere die Aussteuerung der in den Spezialfonds inliegenden Fremdwährungsrisiken positiv aus, die 2009 nicht mehr durch die Spezialfonds selbst, sondern vollumfänglich durch das Treasury der Bank erfolgte.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen verringerten sich im Berichtsjahr um 29 Mio € auf 2.311 Mio € (Vorjahr: 2.340 Mio €). Dabei waren die Personalaufwendungen insgesamt um 52 Mio € rückläufig. Der Rückgang ist auf die im Berichtsjahr 2008 gebildeten Personalarückstellungen in Höhe von 38 Mio € zurückzuführen. Der Sachaufwand stieg im Berichtsjahr um 23 Mio € auf 1.624 Mio € (Vorjahr: 1.601 Mio €) an. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf Sonderbelastungen, wie die erstmalige ganzjährige Zahlung einer Leistungsvergütung an die BCB AG, die seit Oktober 2009 erfolgte Zahlung an die PB Direkt GmbH sowie die Sonderabschreibungen auf unsere Immobilien zurückzuführen. Um dem konjunkturellen Druck auf die Ertragsituation zu begegnen, werden wir unsere Anstrengungen im Kostenmanagement weiter forcieren.

Bewertungsergebnis

Als Folge der sich abschwächenden Belastung durch die Finanzmarktkrise bei strukturierten Kreditprodukten und einem anhaltend niedrigen Zinsniveau hat sich die Risikovorsorge für Wertpapiere im Berichtsjahr 2009 auf –119 Mio € stark verringert (Vorjahr: –1.132 Mio €). Die hohen Belastungen aus strukturierten Kreditprodukten im Vorjahr sind somit erheblich zurückgegangen.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft stieg im Berichtsjahr auf –550 Mio € an und erhöhte sich um 284 Mio € gegenüber dem Vorjahresergebnis. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie durch die angespannte Situation auf den Immobilienmärkten hat die Bank im vierten Quartal eine umfassende Überprüfung der Risikopositionen durchgeführt. Im Ergebnis wurden vor allem die Einzelwertberichtigungen bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen erhöht.

Im Rahmen einer Stichprobenprüfung durch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. wurde die Meinung vertreten, dass ein Zuführungsbetrag zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 55 Mio €, der im Geschäftsjahr 2009 gebucht wurde, bereits per Ende 2008 hätte berücksichtigt werden müssen. Um den Jahresabschlussprozess 2009 nicht zu verzögern, hat sich die Bank dieser Einschätzung angeschlossen, zumal das Ergebnis, über beide Berichtsjahre betrachtet, unverändert bleibt. Folglich sind im Geschäftsjahr 2009 in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen 55 Mio € enthalten, die dem Geschäftsjahr 2008 zuzurechnen sind.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Im Rahmen der Prüfung der Beteiligungsbuchwerte der Tochtergesellschaften der Postbank wurden Abschreibungen in Höhe von 435 Mio € (Vorjahr: 687 Mio €) vorgenommen. Darüber hinaus wurden Abschreibungen und Drohverlustrückstellungen auf Rentenpapiere von 92 Mio € (Vorjahr: 136 Mio €) vorgenommen.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei 382 Mio € nach 620 Mio € im Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten die Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von 255 Mio €. Darüber hinaus werden Mieterträge in Höhe von 61 Mio € (Vorjahr: 45 Mio €) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 hat die Bank ihre Callcenter-Einheiten an die die Postbank Direkt GmbH veräußert. Dies führte zu einem Verkaufserlös in Höhe von 20 Mio €.

Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die Postbank hat im Geschäftsjahr 2009 aus Ergebnis- und Gewinnabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften und Beteiligungen Verluste in Höhe von 18 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) übernommen.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2009 bei –459 Mio € nach –1.057 Mio € im Vorjahr.

Ertragsteuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 33 Mio € (Vorjahr: 113 Mio €). Hiervon entfielen 1 Mio € auf die vollzogene Betriebsprüfung für die Jahre 1998 bis 2000 und 2001 bis 2004.

Jahresfehlbetrag

Der Jahresfehlbetrag lag bei –492 Mio € (Vorjahr: –1.170 Mio €).

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme zum Stichtag 31. Dezember 2009 wird mit 177,2 Mrd € um 16,3 Mrd € niedriger ausgewiesen als im Vorjahr. Die Entwicklung der Aktivseite war gekennzeichnet durch den Abbau von Wertpapieren im Rahmen unseres Programms zur Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität.

Auf der Passivseite konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aufgrund der positiven Entwicklung der Kundeneinlagen gesteigert und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringert werden.

Forderungen an Kunden

Bedingt durch erhöhtes Volumen im gewerblichen Finanzierungsgeschäft sowie im Privatkundengeschäft stiegen die Forderungen an Kunden auf 70,5 Mrd €, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 1,8%.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen – Forderungen an Kreditinstitute und Schuldverschreibungen – reduzierten sich auf 83,5 Mrd € und lagen damit um 18,4 Mrd € unter dem Vorjahreswert.

Entsprechend dem Programm zur Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität wurde der Abbau der Wertpapiere weiter fortgeführt und der Bestand um 13,6 Mrd € verringert.

Die Forderungen an Kreditinstitute lagen mit 29,2 Mrd € um rund 5,2 Mrd € unter dem Vorjahreswert. Wesentliche Gründe für die

Minderung sind die rückläufige Entwicklung der Wertpapierpensionsgeschäfte von 3,2 Mrd € und der Termingelder von 1,3 Mrd €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 14,4 % und erreichten 114,7 Mrd € und liegen somit 14,5 Mrd € über dem Vorjahreswert. Vor allem Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist erfreuten sich erhöhter Beliebtheit und stiegen um 14,2 Mrd € auf 49,1 Mrd €. Hierbei ist ein Zuwachs von 11,3 Mrd € auf unser Produkt Gewinnsparen zurückzuführen. Weiterhin ist eine Erhöhung um 6,0 Mrd € bei den Sichteinlagen zu verzeichnen. Demgegenüber steht ein Rückgang bei den Produkten Kapital plus bzw. Kapital plus direkt von ca. 5,9 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbrieften Verbindlichkeiten konnten um 30,3 Mrd € auf 50,5 Mrd € zurückgeführt werden.

Die aufgrund des starken Einlagegeschäfts komfortable Refinanzierungssituation der Bank einerseits und die Reduzierung der Finanzanlagen auf der Aktivseite andererseits ermöglichten einen weiteren Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 31,5 Mrd € auf 34,7 Mrd €. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus Repo- und Offenmarktgeschäften.

Die verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich um 1,2 Mrd € auf 15,8 Mrd €. Die Erhöhung ist auf den im Geschäftsjahr 2009 emittierten Jumbo-Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd € und der Platzierung des ersten öffentlichen Jumbo-Pfandbriefs mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mrd € zurückzuführen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2009 1.650 Mio € nach 2.154 Mio € zum Jahresende 2008.

Der Jahresfehlbetrag lag im Berichtsjahr 2009 bei –492 Mio € nach –1.170 Mio € im Vorjahr.

Die Gläubiger von stillen Einlagen sowie Teile der Genussrechte partizipierten am Jahresfehlbetrag mit einem Betrag von 13 Mio €. Darüber hinaus hat die Postbank Kapitalrücklagen in Höhe von 479 Mio € aufgelöst und dadurch einen Bilanzgewinn von Null ausgewiesen.

I Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand Bericht erstattet und zusammenfassend erklärt: „...dass die Postbank nach den Umständen im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäfts für jede Leistung im Sinne dieses Berichtes stets eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen wurden auf Veranlassung oder im Interesse der DPAG bzw. ihrer verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen.“

I Risikobericht

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Die Finanzmarktkrise ist nach einem turbulenten Jahr 2008 im Jahr 2009 auf die Realwirtschaft übergesprungen. Während sich die Liquiditätssituation der Banken aufgrund der Intervention der Notenbanken und des wiederkehrenden Vertrauens deutlich entspannt hat, ist eine deutliche Verschlechterung der Bonität vieler Kreditnehmer zu verzeichnen. Die Spread-Märkte und die Risikoaufschläge haben sich im zweiten Halbjahr substantiell verbessert. Hiermit einher ging eine Rallye der Aktienmärkte. Demgegenüber hat zwar die Talfahrt der Konjunktur geendet; in Deutschland und den wichtigsten westlichen Märkten zeichnen sich aber nur moderate Steigerungen ausgehend von einem niedrigen Niveau ab. Die Deutsche Postbank AG (im Folgenden Postbank) hat in diesem Marktumfeld vorsichtig agiert und ihr Exposure nicht ausgeweitet, um die Anfälligkeit für Rückschläge auf den Kapitalmärkten nicht zu erhöhen. Sie konnte barwertig von den rückläufigen Spreads profitieren; im Zinsüberschuss hielten sich negative Auswirkungen auf die Margen der Kundengeschäfte durch das sehr niedrige Zinsniveau und positive Auswirkungen durch die günstigen Konditionen zur Liquiditätsbeschaffung in etwa die Waage. Bei beiden Risikoarten bestehen erhebliche barwertige Chancen und Verlustpotenziale.

Die Gewinn- und Verlustrechnung war auch im Jahr 2009 in erheblichem Maße durch eingetretene Risiken im Portfolio der strukturierten Kreditprodukte geprägt, allerdings in geringerem Umfang als noch im Jahr 2008. Stärker als in den Vorjahren schlugen erwartungsgemäß Ausfälle im Kreditportfolio durch. Dabei zeigte sich das Retail-Geschäft ebenso erwartungsgemäß robust, während jedoch die Unternehmenskredite – vor allem die gewerblichen Immobilienfinanzierungen in den Auslandsmärkten und vereinzelt auch im Inland – erheblich von Restrukturierungen, Sanierungen und auch Ausfällen betroffen waren. Auch für das Jahr 2010 geht die Postbank von weiteren Belastungen aus. Diese sollten nach derzeitiger Einschätzung unter dem Niveau des Jahres 2009 liegen.

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der vergleichsweise stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen weiterhin solide.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Krise hat die Postbank im Geschäftsjahr 2009 die Strukturen, Instrumente und Prozesse für das Risikomanagement und -controlling in den relevanten Risikoarten kritisch hinterfragt. Die Methoden und Verfahren entsprechen insgesamt den aktuellen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Postbank hat sich bereits intensiv mit den geplanten aufsichtsrechtlichen Verschärfungen auseinandergesetzt. Auch 2009 wurde ein intensiver Dialog mit der Bankenaufsicht gepflegt, u. a. im Zusammenhang mit der Einführung der fortgeschrittenen Modelle zur Eigenkapitalermittlung und der Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. hat Anfang 2010 u. a. eine Vorort-Prüfung von wertberichtigten Einzelengagements durchgeführt (vgl. Anhang, Seite 50). In den internen und externen Überprüfungen festgestellte Verbesserungspotenziale in den Risikomanagementprozessen sind unverzüglich aufgenommen und entsprechende Maßnahmen ergriffen worden. Deren Umsetzung sowie die weiteren Anpassungen durch aufsichtsrechtliche Neuerungen werden auch das Jahr 2010 prägen.

Außerdem wird die Postbank – entsprechend näheren Ausführungen in diesem Risikobericht – das Risikomanagement durch Investitionen in die IT-Infrastruktur, intensivere Schulungsmaßnahmen bei der Implementierung neuer Prozesse sowie durch stärkere Fokussierung auf die Risikorendite in der Steuerung nachhaltig verbessern und damit die Voraussetzungen zur Anwendung der fortgeschrittenen Ansätze bei der Risikomessung schaffen.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank und die ergriffenen Gegenmaßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken aus den dargestellten Risikoarten waren und sind nicht erkennbar.

Organisation des Risikomanagements

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. In diesem Sinne verfügt die Postbank über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber und die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Geschäftschancen zu nutzen.

Das Risikomanagement wird im Wesentlichen bankweit durch die zentralen und angebundene dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Bankfunktionen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet.

Die Risikostrategie der Postbank ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts-, Geschäftsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit. Sie werden im Rahmen der Risikostrategien, die auf den Geschäftsstrategien basieren, dokumentiert. Die Postbank ist in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets aktiv. Die Postbank wird im Jahre 2010 ihre Verfahren zur Risikoallokation stringenter fassen (u. a. durch Einführung eines Bankrisikokomitees (vgl. Folgeabschnitt)).

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Risikokomitees

Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees			
	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Vorstände/ General- bevollmächtigte	<ul style="list-style-type: none"> Ressourcen/Kredit Financial Markets Retail IT/Operations Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> Financial Markets Finanzen Ressourcen/Kredit Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> IT/Operations Ressourcen/Kredit Filialvertrieb Chief Risk Officer
Tagungs- frequenz	mindestens vierteljährlich	mindestens monatlich	halbjährlich
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren Festlegung Standardrisikokosten 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation 	<ul style="list-style-type: none"> Definition Mindestanforderungen für Konzerneinheiten Definition Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder

Das Kreditrisikokomitee ist für die strategische Steuerung des Adressenausfallrisikos, das Marktrisikokomitee für die strategische Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken verantwortlich. Dies schließt jeweils die Weiterverteilung des vom Gesamtvorstand zur Verfügung gestellten Globallimits ein. Das OpRisk-Komitee definiert die OpRisk-Strategie und entscheidet über die Allokation des Risikokapitals für Operationelle Risiken auf die Geschäftsfelder. Darüber hinaus legt es die Rahmenbedingungen für das Management der operationellen Risiken fest und definiert die einzuhaltenden Mindestanforderungen.

Anfang 2010 hat der Vorstand beschlossen, ein Bankrisikokomitee einzurichten, das den Vorstand bei der übergreifenden Steuerung der Risiken und insbesondere bei der Festlegung des Risikoappetits, der Risikoallokation und den damit verbundenen Ertragszielen unterstützt.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Eine Kernaufgabe des Jahres 2009 war die Ausrichtung der Prozesse im Rahmen der im Vorjahr aufgesetzten CRO-Struktur (Chief-Risk-Officer-Struktur). Mit dieser Zielsetzung sind der personelle Aufbau und die organisatorische Weiterentwicklung vorangetrieben worden. Der CRO ist bankweit für die risikoüberwachenden Funktionen zuständig. Er berichtet dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat regelmä-

ßig über die Gesamtrisikolage der Postbank. Dem CRO sind in der Aufbauorganisation die Bereiche „Risikosteuerung“, „Risikocontrolling“ und „Kreditgrundsätze“ zugeordnet. Der CRO und die genannten Bereiche sind seit dem 1. August 2009 dem Ressort Konzernsteuerung zugeordnet. In den Risikokomitees (Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken) ist der CRO als stimmberechtigtes Mitglied vertreten.

Der Bereich Risikosteuerung betreibt den weiteren Ausbau der Gesamtbankrisikosteuerung und die Verzahnung mit der Banksteuerung im Finanzwesen. Ziel ist die Optimierung der bankweiten ökonomischen Kapital- und Risikoallokation auf Basis der Reports und Daten der Bereiche Risikocontrolling, Controlling und Meldewesen. Hierzu ist 2009 ein Steuerungsinstrumentarium für die stringenteren Rendite-Risikosteuerung konzipiert worden, das 2010 implementiert wird. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte bildeten Analysen und Maßnahmen-vorschläge zu den Prozessen und Verantwortlichkeiten im Markt-risikomanagement, die Erweiterung der bankübergreifenden Stresstests und die Einführung des Bankrisikokomitees. Zukünftig sollen in dem nach wie vor im Aufbau befindlichen Bereich Risikosteuerung ausgehend von der Analyse des Risikoprofils der Postbank auch konkrete Maßnahmen im Rahmen der Planung und Geschäftsfeldsteuerung abgeleitet werden.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, bankweite Risikoüberwachungseinheit – bezogen auf alle Risikoarten. Im Bereich Risikocontrolling liegt die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung, -aggregation und -limitierung. Darüber hinaus liegt im Bereich Risikocontrolling auch die Verantwortung für die Konzeption und regelmäßige Erstellung des Risikotragfähigkeitsberichts auf Gruppenebene.

Der Bereich Kreditgrundsätze erstellt das kreditfachliche Regelwerk für das Retail- und Baufinanzierungskreditgeschäft sowie die Kreditrichtlinien für das Firmenkundengeschäft und die Financial Markets Aktivitäten. Neben den internen Managementvorgaben sind hierbei die MaRisk und die Vorgaben der Solvabilitätsverordnung maßgeblich.

2010 ist beabsichtigt, die Struktur der CRO-Bereiche weiterzuentwickeln und noch stärker an den Risikoarten und übergreifenden Steuerungsfunktionen auszurichten. Ziel ist eine stärkere risikoartenübergreifende Konvergenz der Prozessdefinitionen und Überwachungsfunktionen.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist bei der Postbank auf mehrere Einheiten verteilt: Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts sowie die Niederlassung in London.

Das Ressort Financial Markets verantwortet die bankweite, operative Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken. Hierzu ist das Ressort aufgliedert in die Bereiche Treasury, Credit-Treasury, Liquiditätssteuerung und den Bereich Kapitalmärkte. Im Bereich Treasury erfolgt die Steuerung der Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie der Spread-Risiken aus Government Bonds, Covered Bonds und Anleihen in Corporate Financials im Bankbuch. Die Aufgabe des Bereichs Credit-Treasury besteht darin, das sonstige Credit-Spread-Risiko im Sinne eines aktiven Portfoliomanagements zu steuern. Der Bereich Liquiditätssteuerung ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und Aussteuerung der Liquiditätsfristentransformation. Mit Ausnahme des Zinshandelsbuchs, dessen Verantwortung in den Bereich Treasury integriert ist, werden sämtliche Marktpreisrisiken des Handelsbuchs durch die Abteilungen des Bereichs Kapitalmärkte gesteuert.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Weitere Entwicklungen im Risikomanagement

Neben der Weiterentwicklung und Verankerung der aufgesetzten CRO-Struktur gab es im Berichtsjahr noch weitere wesentliche organisatorische Einzelmaßnahmen. Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen – insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise – kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Innerhalb der Kreditrisikoüberwachung sind Prozesse, Berichtswege und Eskalationsmechanismen ergänzt bzw. ausgebaut worden, mit denen Kontrahenten- bzw. Emittentenrisiken überwacht werden und das Exposure nach z. B. verschiedenen Branchen, Kundengruppen und Einzeladressen aufgeschlüsselt wird. Zur Intensivierung der Überwachung und Begrenzung von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft durch ein aktives Kreditportfoliomanagement (vgl. Abschnitt „Übergreifendes Risikomanagement“ auf S. 14) wurde ein Projekt initiiert, durch das auch die diesbezüglichen Anforderungen aus der Novellierung der MaRisk umgesetzt werden. Im Bereich der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken werden Konzentrationsrisiken vor allem anhand von Stresstests und Sensitivitätsanalysen identifiziert, überwacht und gesteuert.

Insbesondere innerhalb des Programms zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle für Marktpreisrisiken, Kreditrisiken und Operationelle Risiken wurden im Berichtsjahr 2009 weitere Fortschritte erzielt. Ziel des Programms ist die Stärkung der Konvergenz zwischen interner Risikosteuerung und aufsichtsrechtlicher Eigenmittelunterlegung sowie eine Optimierung der Systeme und Prozesse zur Risikosteuerung. Es ist geplant, nach aufsichtlicher Genehmigung die Risikomodelle für alle genannten Risikoarten auch für die Berechnung der regulatorischen Eigenmittelunterlegung gemäß Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Das Projekt „A-IRBA“ (Fortgeschrittener Ansatz zur Kreditrisikomesung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls) hat sich 2009 im Rahmen der Modellentwicklung und -validierung auch mit den unterliegenden Kreditprozessen (insbesondere Frühwarnsystematik, Intensivbetreuung, Sicherheitenmanagement) befasst. Die Prozesse sind in Teilen angepasst worden, weitere Verbesserungen werden 2010 umgesetzt.

Im Rahmen des Projekts „Internes Marktrisikomodel“ ist im Berichtsjahr für die im Bereich der Marktpreisrisiken genutzte Value-at-Risk-Messung zunächst für das Handelsbuch vom bisherigen Varianz-Kovarianz-Ansatz auf eine Monte-Carlo-Simulation umgestellt worden, was u. a. eine adäquatere Berücksichtigung von Optionsrisiken gewährleistet. Zudem sind die Voraussetzungen für eine stärker nach Risikoarten differenzierte Risikosteuerung geschaffen worden. Darüber hinaus erfolgte die weitgehende Implementierung eines neuen Marktdatenliefersystems mit dem Ziel der weiteren Vereinheitlichung und Qualitätssteigerung der bankweit verwendeten Marktdaten. Die umfassende Produktivnahme dieses Systems erfolgt im Jahr 2010.

Im Berichtsjahr 2009 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen bezüglich des Reportings Operationeller Risiken um quantitative Elemente wie der Auslastung der den Geschäftsfeldern zugewiesenen VaR-Limite und um zusätzliche Angaben z. B. zu den AMA-relevanten (AMA – Advanced Measurement Approach) Risikoindikatoren und den Ergebnissen der Szenarioanalysen ergänzt. Das AMA-Modell wird bereits eingesetzt, für 2010 wird die Zulassung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angestrebt.

Im ersten Halbjahr 2009 hat die Postbank das Risikotragfähigkeitskonzept insbesondere in Hinblick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse verbessert.

Arten von Risiken

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmender Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten).

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

I Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobiliensrisiken

Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank.

I Geschäftsrisiken

Gefahr eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapital- und/oder Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns wird im Hinblick auf den Anlegerschutz beurteilt und dient als Grundlage für die Ableitung der Systematik zur Limitierung von wesentlichen Risiken. Der Gesamtvorstand legt eine Risikoneigung in Form einer Eintrittswahrscheinlichkeit für unerwartete Verluste und einer Verlustobergrenze (Risikotoleranz) fest. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist. Im Konzept zum Schutz der erstrangigen Anleger wird das Risiko-

potenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse zusätzliche Abschläge und Limitpuffer verwendet.

2009 wurden die mit dem Risikotragfähigkeitskonzept verbundenen Methoden, Systeme und Prozesse u. a. im Hinblick auf die Erfahrungen der Finanzmarktkrise eingehend überprüft und in Teilbereichen, z. B. bezüglich der durchgeführten Stresstests, der Anrechenbarkeit der verschiedenen Bestandteile der Risikodeckungsmasse und bezüglich eines Tragfähigkeitskonzepts überarbeitet. Das Risikotragfähigkeitskonzept wird anhand aktueller Erkenntnisse laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Während der Finanzmarktkrise wurde primär ein Rezessionsszenario als Stresstest für die Zwecke der Betrachtung der Risikotragfähigkeit durchgeführt, bei dem zur Gewährleistung einer gesamthaften Risiko-beurteilung die für die Postbank wesentlichen und operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko) definierten Stresstests unterzogen werden. Die Weiterentwicklung der integrativen Gesamtbankstresstests ist je nach Veränderung der Marktentwicklung sowie des Risikoprofils der Postbank ein stetiger dynamischer Prozess. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch risikoartenspezifische Sensitivitätsanalysen und Stresstests durchgeführt.

Risikokapital

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand der Postbank gemäß seiner Risikotoleranz nur einen Teil der Risikodeckungsmasse zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko der Postbank dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und den Risikoarten zugeordnet. Die weitere Verteilung des zugeordneten Risikokapitals erfolgt durch die Risikokomitees. Für die Risikoarten Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko werden aus dem zur Verfügung gestellten Risikokapital die operativen Limite abgeleitet.

Weitere Risiken werden über Abzugsposten berücksichtigt. Liquiditätsrisiken werden in der Risikotragfähigkeit nicht explizit berücksichtigt und folglich nicht separat mit ökonomischem Risikokapital unterlegt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos verfolgt die Postbank ein aktives Liquiditätsmanagement und -controlling. Die Postbank verfügt über ausreichend Liquiditätsquellen sowie, für potenzielle Stresssituationen, über ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren. Das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation (Liquiditätsfristentransformationsrisiko) wird zurzeit implizit teilweise über das für Geschäftsrisiken, teilweise über das für Marktpreisrisiken bereitgestellte Risikokapital abgedeckt. Um die Steuerung dieser Risikoart künftig weiter auszubauen, ist vorgesehen, 2010 eine eigenständige Limitierung der Liquiditätsfristentransformationsrisiken zu implementieren.

Da eine einfache Summierung des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Zwischen Markt- und Kreditrisiken bestehen erfahrungsgemäß hohe Korrelationen. Die Geschäftsrisiken sowie

die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Um die Auslastung des ökonomischen Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestufteten Risiken verwendet die Postbank einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel 1 Jahr, Marktpreisrisiken 90 Tage) nicht überschritten wird.

Risikolimitierung

Die Limitierung der Risikopositionen erfolgt bei der Postbank für die in die Risikotragfähigkeit einbezogenen Risikoarten primär über das bereitgestellte Gesamt-Risikokapital sowie für die einzelnen Risikoarten auf Basis abgeleiteter VaR-Limite, die je Risikoart zusätzlich durch Produkt-, Volumens- und Sensitivitätslimite ergänzt werden, um neben den eigentlichen Risikopositionen ebenfalls Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken. Bei der Limit- bzw. Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie Sensitivitätsanalysen berücksichtigt.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert.

Die Postbank hat ihr Verfahren zur Berücksichtigung von Operationellen Risiken im internen Risikotragfähigkeitskonzept Anfang des dritten Quartals 2009 angepasst. Die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken basiert nun auf dem neu entwickelten internen Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Die Berechnung des Operational Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99,93 %) fußt auf dem in der Bankenbranche üblichen Verlustverteilungsansatz und nutzt die gemäß § 284 Solvabilitätsverordnung (SolV) geforderten Elemente wie interne Verlustdaten, externe Verlustdaten (bezogen vom Datenkonsortium ORX), Szenarioanalysen sowie Postbank spezifische Geschäftsumfeld- und interne Kontrollfaktoren.

Im Fall von Limitüberschreitungen sind risikobegrenzende Maßnahmen zu ergreifen, alternativ können die Limite für die operativ limitierten Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht werden. Den vier Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht. Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden quartalsweise über die

Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldenebene unterrichtet. Bei einer Limitüberschreitung auf Geschäftsfeldenebene entscheidet das OpRisk-Komitee über die weitere Vorgehensweise, bei einer Überschreitung des VaR-Limits auf Gesamtbankenbene der Gesamtvorstand.

Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Ihr Risikokapital stellt Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Das Risikocontrolling überwacht regelmäßig die Angemessenheit dieser Abzugsgrößen.

Solange die für die einzelnen Risikoarten vergebenen Limite auf Bankebene eingehalten werden und die aggregierten Limite sowie die Abzugsgrößen geringer sind als die Risikodeckungsmasse, ist auf Basis der von der Bank getroffenen Korrelationsannahmen auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Risikosituation ist auch 2009 mit Blick auf die Finanzmarktkrise unverändert angespannt. Während beim Marktpreisrisiko der 2009 beobachtete Rückgang der Marktvolatilität auch zu tendenziell niedrigeren Limitauslastungen führte, steigt vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation und eingetretener Ratingverschlechterungen insbesondere das Kreditrisiko (erwarteter und unerwarteter Verlust) kontinuierlich an.

Risikokonzentrationen

Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise, aber auch mit Blick auf die Neufassung der MaRisk per 14. August 2009 hat die Postbank ein Projekt zur Weiterentwicklung der Steuerung von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft gestartet, dessen weitere Umsetzung auch 2010 eine der konzeptionellen Hauptaufgaben sein wird. Ziel ist ein systematisches Kreditportfoliomanagement, welches Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt.

Aktuell sind auf Basis des zugrunde gelegten Konfidenzniveaus von 99,93 % Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich der Banken mit einem Rating von A sowie im Portfolio mit strukturierten Krediten (SCP) erkennbar.

Konzentrationen bei Liquiditäts-, Marktpreis- und sonstigen Risiken werden über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht. Die Begrenzung erfolgt über Volumens- oder Gap-Limite, die laufend überwacht werden, das Management dieser Risiken erfolgt im Rahmen der täglichen Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen).

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank zudem Ertragsrisiken, in der Form, dass aus Kundengeschäften geringere Erträge als geplant erwirtschaftet werden können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereiches Controlling. Hierbei werden Risikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und Risikoauslastung. Die Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich ermittelt und in einem eigenständigen Bericht dargestellt. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte dargestellt. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die Methodenhöhe sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting liegt im Bereich Risikocontrolling.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit Inkrafttreten der Solvabilitätsverordnung (SolV), d. h. seit dem 1. Januar 2007, auf Basis der Vorgaben von Basel II. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der Postbank mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 die Zulassung für die Eigenkapitalberechnung nach dem IRB-Basis-Ansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft erteilt und mit Schreiben vom 11. Dezember 2007 die Kalkulation weiterer Portfolios auf Basis interner Ratingsysteme genehmigt. Damit orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend werden Kredite in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in Abhängigkeit von der Bonität der Schuldner gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Sicherheiten, mit Eigenkapital unterlegt. Darüber hinaus werden auch Operationelle Risiken mit Eigenkapital unterlegt.

Für die folgenden Portfolios (gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung) hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2009 die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert:

- | Zentralregierungen: Staaten
- | Institute: Banken
- | Unternehmen: Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften,
- | Mengengeschäft: Baufinanzierungen Postbank, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail,
- | Beteiligungen, soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolV ausgenommen
- | Verbriefungen
- | Sonstige kreditunabhängige Aktiva

In den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen verwendet die Postbank selbstgeschätzte Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie für das Mengengeschäft ergänzend selbstgeschätzte Verlustquoten und Konversionsfaktoren.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios:

- | Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment
- | Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen
- | Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums

Darüber hinaus ist die Postbank aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbstgeschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktpreisrisiken nutzt die Postbank derzeit die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Im Rahmen des Programms zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle werden darüber hinaus die Voraussetzungen geschaffen, um das für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken im Einsatz befindliche interne Marktrisikomodelle auch für die Bestimmung der Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisiken gemäß der Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Dieser ist Basis für die geplante Umsetzung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA). Ziel ist es, im ersten Quartal 2010 den Zulassungsantrag bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank einzureichen, um das interne Kapitalmodell nach erfolgter Zulassung auch für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung einsetzen zu können.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolV in Verbindung mit § 26a KWG hat die Postbank am 31. März 2009 und am 31. August 2009 ihre Offenlegungsberichte (Säule-III-Bericht nach Basel II) auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Liquiditätsanforderungen

Die Postbank erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 8 LiqV. Die Prozesse zur bankweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den "Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision" formulierten Anforderungen (siehe dazu Kapitel „Liquiditätsrisiken“).

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ersetzen die früheren Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) sowie die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR) und haben diese Regelungen insbesondere um die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken ergänzt. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht

vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtrisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse. Darüber hinaus sind mit den MaRisk die qualitativen Anforderungen an die Säule II gemäß Basel II regulatorisch umgesetzt worden.

Die zusätzlichen Anforderungen der am 14. August 2009 veröffentlichten Neufassung der MaRisk bezüglich der Einbindung der Aufsichtsorgane, der Behandlung von Risikokonzentrationen, des Risikomanagements auf Gruppenebene und der Anforderungen an die Vergütungssysteme hat die Postbank bis zum 31. Dezember 2009 bereits überwiegend umgesetzt. Für einzelne Anforderungen wird die Umsetzung erst im Laufe des Jahres 2010 abgeschlossen sein.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Marktpreisrisiken bezeichnen die möglichen finanziellen Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements in der Postbank trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die operative Marktpreisrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der Postbank.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation und -messung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches und unter Ertragsgesichtspunkten gewünschtes Maß. Sofern ökonomisch sinnvoll und unter den im Zuge der Finanzmarktkrise angespannten Marktbedingungen möglich, werden unerwünschte Marktpreisrisiken abgesichert oder abgebaut. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen oder beibehalten werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Zins-, Aktien-, Fremdwährungs-, Spread-, Rohstoff- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen

eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßigen Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die Auswirkung außergewöhnlicher Marktbewegungen sowohl auf Barwerte als auch auf GuV- und Bilanzgrößen analysiert werden. Der Berücksichtigung von Konzentrationsrisiken wird in der Marktpreisrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Dies erfolgt beispielsweise im Rahmen der regelmäßigen Szenarioanalysen durch Quantifizierung der Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests. Außerdem werden im Rahmen der täglichen Überwachung der Marktpreisrisiken Sensitivitätsanalysen durchgeführt, anhand derer für alle Portfolios der Postbank auch Risikokonzentrationen identifiziert werden. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Struktur-Analysen, nach Forderungsklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und Fremdwährungspositionen der Postbank.

Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise bereits 2008 eingeleitete Rückführung des Marktrisikooxposures wurde auch im Jahr 2009 im Aktienbereich konsequent beibehalten; im Zinsbereich erfolgte wieder eine aktivischere Ausrichtung. Zur Reduzierung der Anfälligkeit gegenüber extremen Kapitalmarktschwankungen ist geplant, den Bestand an Finanzanlagen im Wesentlichen durch Fälligkeiten abzubauen.

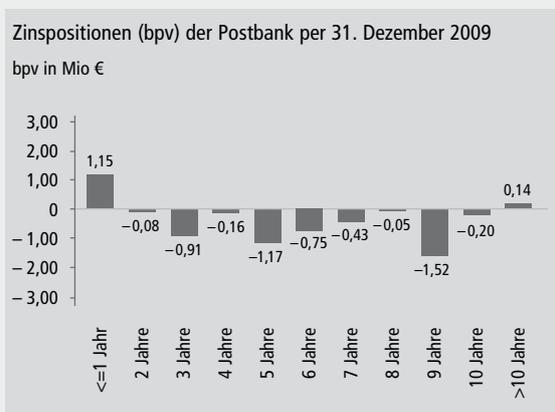
Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder extremen Marktbewegungen mit Relevanz für die Postbank ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzensänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen, für die das Modell der gleitenden Durchschnitte verwendet wird, sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. In der Zinsänderungsrisikomessung werden wesentliche gesetzliche bzw. vertraglich eingeräumte Sondertilgungsrechte als auch Neugeschäfts- und

Prolongationsangebote sowie Zahlungsstörungen im Kreditgeschäft berücksichtigt. Die dazu verwendeten Optionsmodelle bzw. statistischen Modellierungsmethoden wurden 2009 erweitert und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Wie in den MaRisk gefordert, werden Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die operative Risikosteuerung erfolgt grundsätzlich für alle Marktpreisrisiken zentral im Ressort Financial Markets der Postbank. Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2009 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktives Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren.



Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept
Die Postbank quantifiziert und überwacht die eingegangenen Marktpreisrisiken auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt im Bankbuch nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Für alle Handelsbuchbestände wurde die VaR-Berechnung im Oktober 2009 auf ein Monte-Carlo-Verfahren umgestellt. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung eines Konfidenzniveaus von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen (Bankbuch) bzw. 1 Tag (Handelsbücher). Als Risikofaktoren werden neben Zinskurven, Aktienkursen, Rohwarenpreisen, Wechselkursen sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Credit-Spread-Veränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle Portfolios des Handelsbestands und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimiten werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden bei der Postbank durch ein System risikobegrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Gesamtlime werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean mark-to-model-Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Backtesting-Ergebnisse wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert. Im Rahmen des laufenden Projekts „Internes Marktrisikomodell“ wurden die Voraussetzungen für die Ablösung des derzeitigen mark-to-model-Backtestings durch ein mark-to-market-Verfahren geschaffen. Der Einsatz des Modells ist für 2010 geplant.

Die Backtesting-Ergebnisse haben sich im Jahresverlauf gegenüber dem Vorjahr auf allen Portfolioebenen wieder deutlich entspannt und normalisiert. Die im vierten Quartal 2008 aufgrund der drastisch erhöhten Volatilität der Marktrisikofaktoren vorübergehend eingeführten VaR-Aufschläge konnten bereits im ersten Quartal 2009 wieder zurückgenommen werden, da sich der sprunghafte Volatilitätsanstieg sukzessive in der VaR-Messung niedergeschlagen hatte. Zum Ultimo 2009 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse (Ampelfarbe „Grün“) und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen (Worst Case Szenarien) auf die Bilanzpositionen der Postbank. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren in den Risikoarten Zins, Spreads, Währungen und Aktien durchgeführt. Die den Stresstest zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurden die Stressparameter 2009 vollständig überarbeitet, um den beobachteten Marktschwankungen Rechnung zu tragen. Sie werden derzeit weiterentwickelt, um den weitergehenden Anforderungen aus der MaRisk-Novellierung Rechnung zu tragen. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees sowie der Aufsichtsrat werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit der Postbank auch bei einer noch weiteren Verschärfung der angespannten Marktsituation gewährleistet wäre.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt die Postbank bei Geschäftsabschluss auch eine Prüfung aller Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

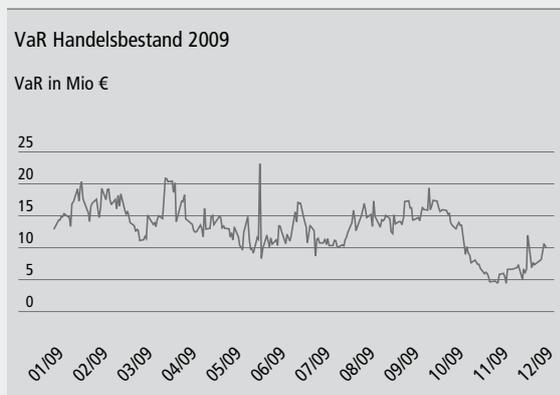
Risikokennzahlen

Für die Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 (sowie für das Vergleichsjahr 2008) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) für den Handelsbestand ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbestand	2009 Mio €	2008 Mio €
VaR am Jahresultimo	9,8	13,4
Minimaler VaR	3,9	7,6
Maximaler VaR	22,5	23,6
VaR im Jahresdurchschnitt	12,5	12,3

Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zinsänderungsrisiken (einschließlich Spreadrisiken) im Anlagebuch determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbestand Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2009 für den Handelsbestand ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

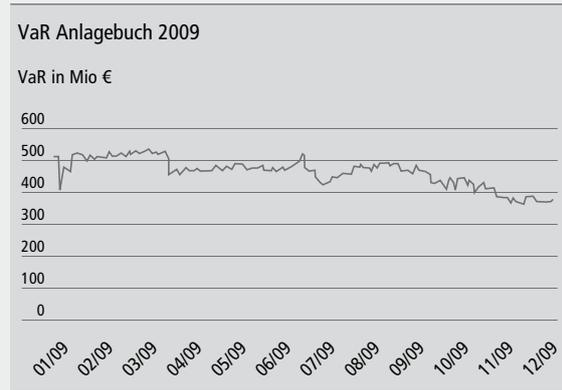


Im Verlauf des Jahres 2009 wurden im Handelsbestand die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur Positionierung an den Zins- und Aktienmärkten genutzt. Der VaR im Handelsbestand bewegte sich unter Schwankungen auf einem gegenüber 2008 vergleichbaren und insgesamt moderaten Niveau.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) zum 31. Dezember 2009 365,2 Mio € (zum Vergleich: 513,0 Mio € per 31. Dezember 2008).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2009 Mio €	2008 Mio €
VaR am Jahresultimo	365,2	513,0
Minimaler VaR	348,6	116,1
Maximaler VaR	538,3	514,0
VaR im Jahresdurchschnitt	461,5	235,1

In die Berechnung werden sämtliche marktpreisrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.



Der VaR im Anlagebuch der Postbank ist nach dem krisenbedingten Anstieg im Vorjahr wieder tendenziell rückläufig. In der Risikomesung schlägt sich weiterhin der im Zuge der Finanzmarktkrise deutliche Anstieg der verwendeten Risikoparameter nieder.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente, die detailliert Auskunft über die eingegangenen Marktpreisrisiken geben:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen.
- I Der Wochenbericht fasst die wesentlichen Veränderungen des Marktes und in den Positionen zusammen und richtet sich an die Positionsverantwortlichen. Die Tages- und Wochenberichte werden regelmäßig mit den Positionsverantwortlichen abgestimmt und liefern die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtestinganalysen. Darüber hinaus wird getrennt nach Portfolios und Währungen über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse, abgegrenzt nach Managementeinheiten bzw. GuV-Wirksamkeit, dar.

- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert die Postbank als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I **Bonitäts- und Ausfallrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I **Abwicklungsrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- I **Kontrahentenrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.
- I **Länderrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für das Risikomanagements trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRK) delegiert; die Überwachung durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Kreditrisikosteuerung festgelegt. Die strategisch strukturelle Steuerung erfolgt durch das Kreditrisikokomitee (KRK). Die operative Kreditrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral durch die Kreditbereiche Inland (KI) und Ausland (KA). Der Bereich Risikocontrolling fungiert als unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion. Der Bereich Kreditgrundsätze erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen einschließlich Vorgaben für die Steuerung auf Portfolioebene.

Die Postbank steuert ihr Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostrategie. Die Kreditrisikostrategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail und den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde unter der Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Für Unternehmensfinanzierungen erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses aus risikoadjustierter Nettomarge und gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation nicht Teil des Zielfortfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostrategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos statt und zum anderen auf Portfolioebene.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren regelmäßig ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Ratingsysteme obliegt der Abteilung Risikocontrolling Kreditrisiken. Zur Überwachung der Ratingsysteme gehören u. a. die Überprüfung der Vorhersagegüte und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen. Alle

Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Rating-systeme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Rating-systeme stellt einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikomanagements der Bank 2010 dar. Um den Anforderungen der Solvabilitätsverordnung vollumfänglich und perspektivisch auch im fortgeschrittenen Ansatz gerecht zu werden, hat die Bank eine erhebliche Aufstockung der Personalressourcen im quantitativen Kreditrisikomanagement beschlossen.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Anteil der im Ausfallzeitpunkt ausgenutzten offenen Linien geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Zudem werden jährlich die Zuordnung der Ratingklassen der Postbank Masterskala zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Ergebnisse der Parameterschätzung (PD, LGD, CCF) durch die Abteilung Risikocontrolling Kreditrisiken überprüft. Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit einer direkten Ableitbarkeit geschäftspolitischer und modell-

relevanter Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlusts“, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist, sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen an Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredites auf Basis einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. 2009 wurden Verbesserungspotenziale insbesondere im Bereich der laufenden zeitnahen Bewertung von immobilien Sicherheiten in stark schwankenden Märkten, der einheitlichen Dokumentation und Erfassung in einer konsolidierten Datenbank identifiziert und Maßnahmen aufgesetzt. Darüber hinaus beabsichtigt die Bank, die standardisierte Hereinnahme und Verwaltung sonstiger Sicherheiten auszuweiten und ihre Position dadurch zu verbessern.

Die grundlegende Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung von Arten von Sicherungsinstrumenten zur Kreditrisikominderung ist Teil der Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachversicherungen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigen-

kapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgt turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts des ZKA. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten größer als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Bewertungsspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Zur Verbesserung des Sicherheitenmanagements beabsichtigt die Postbank die Einführung eines mandantenfähigen Sicherheitenverwaltungssystems. Eine Vorstudie hierfür wurde gestartet.

Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Kreditheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit sowie

dem Kreditrisikokomitee quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Berichtsjahr hat die Postbank in Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Bonitätsverschlechterung vieler Kunden und Kontrahenten ihre Prozesse überprüft und Anpassungen eingeleitet. Handlungsbedarf wird insbesondere bei der Identifikation und Dokumentation von ausfallgefährdeten und sanierungsbedürftigen Kreditengagements gesehen. Es ist u. a. bereits eine dezidierte Einheit Intensivbetreuung Firmenkundenkredite im Ressort Kredit geschaffen worden, die die Handhabung der Watch-List vereinheitlicht und Prozesse zur Risikofrüherkennung und Verlustdetektion anpasst.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Neben der Überwachung der Einzelrisiken wird der Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestands ermittelt. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied dazu ist der erwartete Verlust eines Portfolios der Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw. ausfallen wird. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating und der Laufzeit des Kontrahenten bzw. Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Messung des CVaR wird mit einem Kreditrisikomodell durchgeführt, das die konsistente Erfassung aller Kreditrisiken ermöglicht. Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulnerspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung unter anderem fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abge-

leitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Kreditportfolios berechnet; für einzelne Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im gesamten Kreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Kreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen, mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten. Identifizierte Verbesserungspotenziale bei der Erkennung von risikorelevanten Kreditnehmerverflechtungen im Portfoliomodell und den bestandsführenden Systemen werden zügig realisiert.

Portfoliostruktur

Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2009 (Berechnung per 30. November 2009) im Vergleich zum Jahresende 2008 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Weil der CVaR inklusive Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur in der nachstehenden Tabelle auf Konzernebene dargestellt.

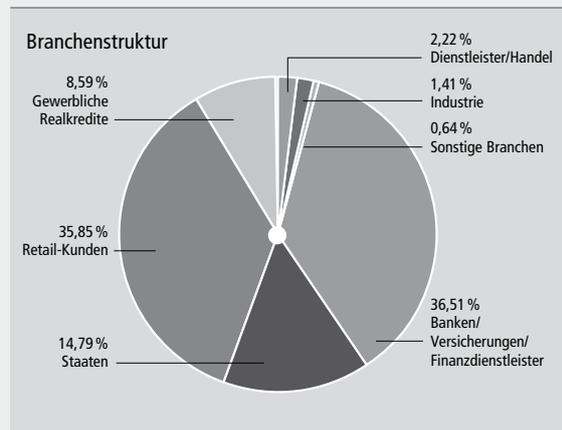
Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Credit VaR ¹	
	31.12. 2009	31.12. 2008	31.12. 2009	31.12. 2008	31.12. 2009	31.12. 2008
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Firmenkunden	28.422	25.860	127	77	228	205
Privatkunden	46.162	46.067	278	213	186	199
Financial Markets	141.800	142.903	440	210	1.755	848
Sonstige (Banken/Kommunen)	4.530	6.056	3	4	101	108
BHW	39.417	34.173 ²	104	66	68	63
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	260.331	255.060	952	570	1.765	877

¹ Konfidenzniveau 99,93 %; aufgrund Diversifikationseffekte ist CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als Summe der Einzel-CVaR der Geschäftsbereiche
² Bestand des Treuhandgeschäfts der BHW Bausparkasse nur unter Privatkunden abgebildet, bislang auch zusätzlich unter BHW; Werte 2008 korrigiert

Der Gesamtbestand hat 2009 von 262,5 Mrd € per Jahresultimo 2008 um 0,8 % auf 260,3 Mrd € leicht abgenommen. Gegenüber dem Vorjahresultimo ist der erwartete Verlust um 67 % angestiegen. Der unerwartete Verlust hat sich verdoppelt. Der Anstieg des erwarteten und unerwarteten Verlusts resultiert im Wesentlichen aus der konjunkturbedingten Erhöhung der Verlufterwartungen pro Ratingklasse (Zuordnung von Ratingklassen zu Verlufterwartungen erfolgt über die Postbank Masterskala; diese wurde angepasst) sowie aus Ratingverschlechterungen infolge der Finanzmarktkrise und einem zusätzlichen Anstieg von Risikokonzentrationen, insbesondere bei Banken mit einem Rating von A, die bei Financial Markets geführt werden. (vgl. Abschnitt „Risikokonzentrationen“ im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“). Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist eine weitere Abnahme des Kreditbestands gegenüber Banken und Kommunen und ein Anstieg der Firmenkundenkredite zu beobachten.

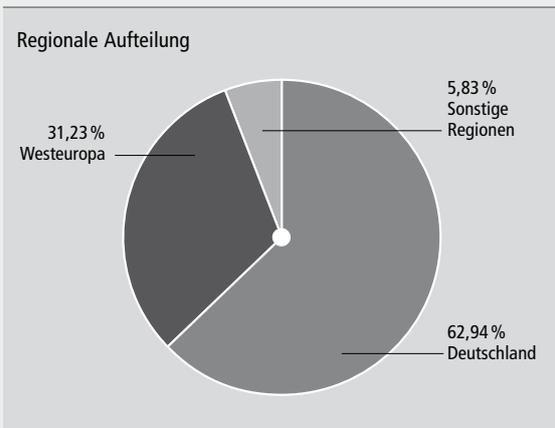
Branchenstruktur des Kreditportfolios

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente bei ausgewogener Struktur ein weiterhin stabiles Bild. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der breit diversifizierte Bestand an Finanzanlagen wird dominiert durch ein Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands oder anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern. Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten optimiert wurde.



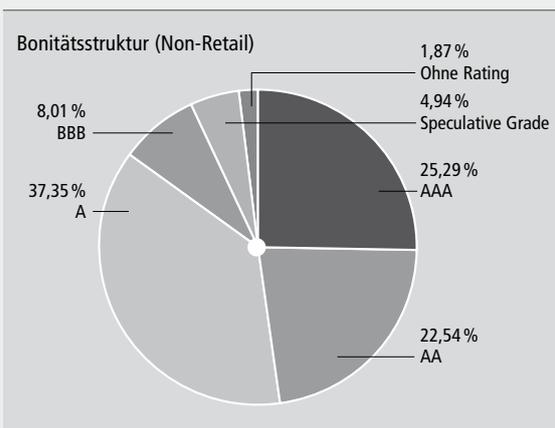
Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland.



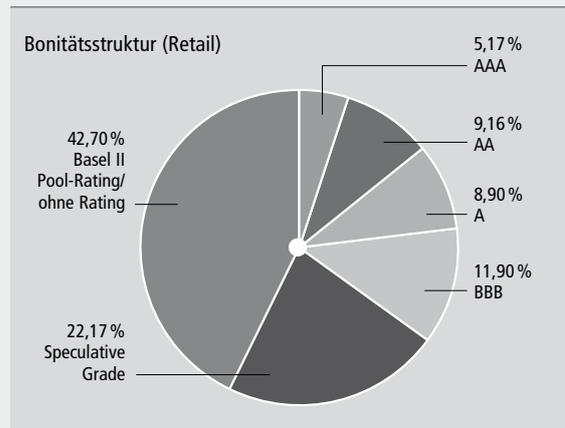
Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Rating-Klassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Im Vergleich zum Jahresabschluss 2008 zeigt die Tabelle einen Anstieg in der Ratingklasse A. Insgesamt ist die der Finanzmarktkrise geschuldete deutliche Verschlechterung der Bonität vieler Kreditnehmer erkennbar. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt innerhalb der gemäß Kreditrisikostategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung und somit innerhalb der vorgegebenen Bandbreite.

Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine günstige Bonitätsstruktur auf, wie die folgende Grafik illustriert. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor August 2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h., durch Segmentierungen werden homogene Risikopools gebildet, für die die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitäts-einschätzung durchgeführt wird.



Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur („Standard & Poor's“, „Moody's“ oder „Fitch Ratings“) geratet. Die Verbriefungspositionen haben zum Zeitpunkt des Erwerbs in der Regel ein Rating von BBB- oder besser. Ein internes Ratingmodell für diese Positionen existiert nicht.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien in Deutschland führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Zum Berichtsstichtag hat die Postbank die Transaktion „PB Domicile 2006-1“ mit einem Volumen in Höhe von 1.985 Mio € in Bestand. Darüber hinaus hat die Postbank als traditionelle Verbriefungen die Originator-Verbriefungen PB Consumer 2008-1 und PB Consumer 2009-1 strukturiert, zu der per Stichtag allerdings kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene Reporting-Instrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- I Der Kreditrisikobericht, der dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich zur Kenntnis gegeben wird, gibt Aufschluss über die Entwicklung des aktuellen Kredit-

portfolios und die Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäftsebene. Neben der Darstellung von Kreditbestands- und -risikokennzahlen werden u. a. die größten auf den Einzelschuldner aggregierten Forderungsbestände und die größten notleidenden Kredite sowie die Auslastung der Risikolimits dargestellt.

- I Der Credit-Monitoring-Bericht wird vierteljährlich parallel zum Kreditrisikobericht erstellt und enthält zusätzliche Detailinformationen auf Geschäftsfeld- und Produktebene zur Steuerung der Kreditrisiken durch die operativen Einheiten. Der Credit-Monitoring-Bericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modellmonitoring-reports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.
- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren und wertberechtigten Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Postbank hat erkannt, dass die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft bilden müssen. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie den UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Liquiditätsrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Überwachung erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung festgelegt. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als bankweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen.

Angesichts der gewachsenen Bedeutung des Liquiditätsmanagements wurde bereits im Jahr 2007 ein Projekt zur sukzessiven Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung aufgesetzt. Das Projekt ist planmäßig Ende 2009 abgeschlossen worden. Damit sind in der Postbank wesentliche Voraussetzungen für eine differenzierte Liquiditätssteuerung unter Beachtung der aus den "Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision" abgeleiteten Anforderungen geschaffen worden. Das Konzept zur Liquiditätssteuerung wird derzeit unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtlichen Debatte und unter besonderer Berücksichtigung der strukturellen Liquiditätsposition über mehrere Jahre hinweg weiterentwickelt und soll 2010 operativ eingesetzt werden.

Die Postbank hat im Berichtsjahr die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV) stets erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Der Bereich Liquiditätssteuerung im Ressort Financial Markets ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Steuerung der Liquiditätsfristentransformation.

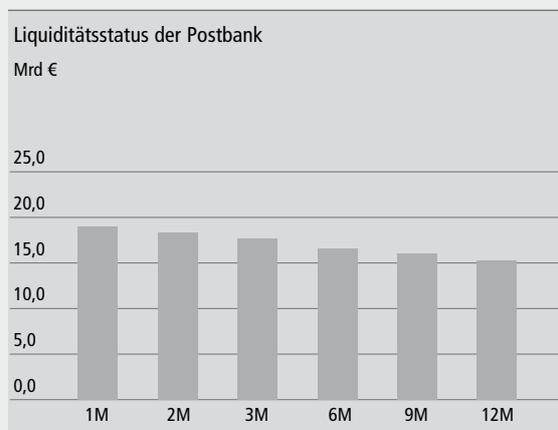
Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Risikocontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung neben einer regelmäßigen Liquiditäts- und Emissionsplanung auf einer Reihe von weitergehenden Analysen der Liquiditätssteuerung. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens monatlich einer Reihe von Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände. Im Rahmen dieser Stresstests werden auch Risikokonzentrationen im Hinblick auf die individuelle Liquiditätslage, z. B. hinsichtlich der Bestände in Spar- und Sichteinlagen oder des Zugangs zum besicherten und unbesicherten Geldmarkt identifiziert und analysiert.

Die Ergebnisse der Stresstests zeigen, dass die Liquiditätssituation – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise massiv erschwerten Marktbedingungen – nicht zuletzt aufgrund der weiter gestiegenen Basis an Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren solide ist.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2009. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen der folgenden zwölf Monate nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die solide Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.



Risikoreporting

Insgesamt nutzt die Postbank verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken, die angesichts der angespann-

ten Marktsituation erweitert und fallweise durch Ad-hoc-Auswertungen zu einzelnen Analyseschwerpunkten ergänzt werden. Im Folgenden werden die Standardreports näher erläutert:

- I Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees und der Bereich Liquiditätssteuerung werden täglich durch das Risikocontrolling über den Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung unterrichtet. Dabei werden die Zahlungsein- und -ausgänge detailliert den verfügbaren Liquiditätsquellen gegenübergestellt.
- I Ergänzend wird das Marktrisikokomitee monatlich durch den Bereich Liquiditätssteuerung in einem eigenständigen Report zu Marktsituation, Liquiditätssituation und Refinanzierungsaktivitäten der Postbank informiert.
- I Der Gesamtvorstand und die Mitglieder des Marktrisikokomitees erhalten monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Szenarioanalysen und Stresstests.
- I Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung werden im Rahmen des Vorstandsinformations-Systems (VIS) an den Gesamtvorstand adressiert.
- I Der Aufsichtsrat wird quartalsweise über die Liquiditätssituation – auch in den definierten Stresssituationen informiert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit § 269 der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt.

Zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Operationelle Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Erfüllung der qualifizierenden Anforderungen an den Standardansatz gemäß der Solvabilitätsverordnung wurde mittels einer institutsinternen Prüfung bestätigt und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank angezeigt.

2008 hat der Gesamtvorstand die Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach) beschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung wurden noch im zweiten Halbjahr 2008 begonnen und 2009 weiter fortgesetzt. Das im Rahmen des AMA-Umsetzungsprojektes entwickelte interne Quantifizierungsmodell für die Operationellen Risiken wurde zum 1. Juli 2009 produktiv gesetzt. Seit diesem Zeitpunkt wird die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken sowohl für die Gesamtbank als auch für die vier einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder berechneten Kapitalbeträge wurde eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder entwickelt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt. Flankierend wurden 2009 die bereits etablierten Prozesse und Methoden gemäß den aufsichtlichen Vorgaben für einen fortgeschrittenen Messansatz weiterentwickelt, die Methodik zur Szenarioanalyse in allen Geschäftsfeldern implemen-

tiert sowie ein IT-gestütztes Maßnahmenverfolgungssystem aufgebaut. Das AMA-Umsetzungsprojekt soll planmäßig im ersten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Die Abgabe des Zulassungsantrags bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank ist für Ende des ersten Quartals 2010 geplant.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand der Postbank verantwortet die Steuerung, Kontrolle und Überwachung der Operationellen Risiken. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) legt die Strategie und die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest. Das Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten der Postbank.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Gesamtstrategie. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Operationelle Risiken auf ein notwendiges Minimum zu beschränken. Die Strategie zu den Operationellen Risiken beinhaltet Prinzipien einerseits zur aktiven Sicherheit wie Transparenz der Prozesse, eindeutige Kompetenzregelungen und angemessene Sicherheitsrichtlinien, andererseits aber auch zur passiven Sicherheit in Form von angemessenen Notfallplänen und einer ausreichenden finanziellen Vorsorge. Daneben wurde 2009 die OpRisk-Strategie um vier quantitative Elemente erweitert:

- I Festlegung eines VaR-Limits für die Operationellen Risiken auf Gesamtbankenbene,
- I Allokation von ökonomischem Kapital für Operationelle Risiken auf die internen Geschäftsfelder,
- I Festlegung von Meldeschwellen zur strukturellen Verlustentwicklung je Geschäftsfeld („typischer Verlust“),
- I Festlegung von Meldeschwellen zu Frequenzschäden (Häufige Fälle mit geringer Schadenhöhe).

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank integriert. Die Postbank hat bezüglich der Operationellen Risiken das Verfahren zur Berücksichtigung im internen Risikotragfähigkeitskonzept Anfang des dritten Quartals 2009 verändert. Die Berechnung für die Operationellen Risiken basiert nun auf dem neu entwickelten internen Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den vier Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben dem internen Quantifizierungsmodell setzt die Postbank folgende Methoden ein:

- I strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 €,
- I Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- I halbjährliches Self Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- I Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- I IT-gestützte Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Auch die regelmäßige Schulung der dezentralen Risikomanager und die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösungen werden zentral verantwortet. In dem „OpRisk-Framework“ sowie in dem „Handbuch zum Controlling Operationeller Risiken im Postbank Konzern“ sind sowohl die Methoden als auch die originären Verantwortlichkeiten der am OpRisk Management- und Controllingprozess Beteiligten beschrieben. Die Verantwortung zur Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Management der Operationellen Risiken bleibt wichtige Aufgabe der einzelnen operativen Einheiten.

In Ergänzung zum zentralen Controlling und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern.

Im Jahr 2009 waren die Hauptverlusttreiber für die Postbank Betrugs-handlungen durch Externe. Gegenüber dem Vorjahr war hier ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Frequenzschäden wie Kreditkartenbetrug, Phishing sowie Überweisungs- und Kreditbetrug, also Fälle, die oft nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch häufig auftreten. Zur Begrenzung dieser Schäden ist eine Task Force aufgesetzt worden, die eine Reihe von Maßnahmen initiiert hat. Darüber hinaus wurde 2009 ein bankweites Fraud-Gremium eingerichtet, dessen explizites Ziel es ist, die Schadens- und Betrugsfallquote sowie das damit verbundene Schadenvolumen zu verringern. Ein Schwerpunkt der Betrugsbekämpfung besteht in der zeitnahen und bankweiten Kommunikation aller bedeutenden Betrugs-sachverhalte sowie in der Sensibilisierung der in den relevanten Prozessen involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Darüber hinaus wurden auch Maßnahmen zur Anpassung der Prozesse und relevanten IT-Systeme an die veränderte Gefährdungslage initiiert.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrages für die Operationellen Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke – abweichend von den aufsichtlichen Vorgaben – vierteljährlich ermittelt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Teilanrechnungsbeträge je Geschäftsfeld dargestellt.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Unternehmensfinanzierungen	–	–
Handel	27	28
Privatkundengeschäft	269	253
Firmenkundengeschäft	38	33
Zahlungsverkehr und Abwicklung	1	1
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	–	–
Wertpapierprovisionsgeschäft	8	9
Summe Postbank AG	344	325

Risikoreporting

Im Berichtsjahr 2009 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen bezüglich des Reportings Operationeller Risiken um quantitative Elemente wie der Auslastung der den Geschäftsfeldern zugewiesenen VaR-Limite und um weitere Angaben, z. B. zu den AMA-relevanten Risikoindikatoren und den Ergebnissen der Szenarioanalysen ergänzt. Zusätzlich wurde das Ad-hoc-Reporting um weitere Adressaten (z. B. den Geschäftsfeldverantwortlichen) und um weitere Anlässe (z. B. Schäden größer 500 T€) ausgeweitet. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Mitte 2009 eingerichteten Fraud-Gremiums einen monatlichen Bericht zur Betrugsentwicklung.

Die Leitungsebenen der Postbank erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren, die die definierte Toleranzschwelle überschritten haben sowie über die Auslastung von Warnschwellen zu den typischen Verlusten je Geschäftsfeld als auch über Warnschwellen zu den Frequenzschäden, informiert.
- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden daneben quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene sowie halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich eine aktuelle Zusammenstellung der erfassten Schadenfälle sowie jährlich die Ergebnisse der Szenarioanalyse.
- I Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen, entsprechend den Informationsbedürfnissen, abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme oder bei gravierenden Risiken werden die ORK-Mitglieder und die Geschäftsfeldverantwortlichen im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrisiken

Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Einheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert

insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 hält die Deutsche Postbank AG 61 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2009 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Servicedienstleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahe oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Deutschen Postbank AG überwacht.

Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Die Postbank hat ein Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Deutschen Postbank AG gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Deutsche Postbank AG hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva.

Hiernach sind alle wesentlichen Beteiligungen der Postbank auf Gruppenebene in das operative Risikomanagement einbezogen. Über die Einbeziehung der Beteiligungen in die operative Risikoüberwachung werden die Beteiligungen jährlich hinsichtlich ihrer Bedeutung und ihres Risikogehaltes analysiert, und gegebenenfalls weitere Beteiligungen vollständig einbezogen.

Der Bereich Risikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind in die operativen und strategischen, Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und -überwachungssystem der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet.

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend der vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätze zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt die Postbank verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Postbank und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Immobilienbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird bei der Postbank einheitlich durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen/Kredit der Postbank angesiedelten Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen. Das Immobilienmanagement koordiniert insbesondere die im Rahmen des Facility- und Propertymanagements wahrzunehmende Dienstleistersteuerung und nimmt eine übergeordnete Kostenkoordinationsfunktion im Sinne der einheitlichen Immobilienstrategie wahr. Zur Vermeidung der Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen oder Veräußerungsverlusten übt das Immobilienmanagement seine Steuerungsfunktion durch Flächenmanagement bzw. aktive Vermarktung von Remanenzen sowie durch langfristige Ressourcenallokation aus.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese grundsätzlich in einem Abstand von drei bis vier Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung (hier: Practice Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (6. Auflage), der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London) basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertverfahrens: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 6. Fassung, Januar 2008).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der eigenen Immobilien berichtet:

- I Dem Ressortvorstand Ressourcen/Kredit wird im Rahmen des im Wesentlichen durch Immobilien Themen bestimmten Reportings des Bereichs „Immobilien, Support und Sicherheit“ monatlich berichtet. Über für Immobilienrisiken wesentliche Sachverhalte wird er ergänzend 14-täglich informiert.
- I Im Rahmen eines bereichsweiten Kennziffernsystems werden dem Ressortvorstand immobilienbezogene Schlüsselindikatoren reportet.
- I Der Gesamtvorstand wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise über die Höhe der Immobilienrisiken informiert.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnisrückgänge aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Sie entstehen dadurch, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnisrückgänge können neben internen Faktoren z. B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

I Modellrisiken

Risiko aus unerwartetem Volumen- oder Margenrückgang, das durch die Modellierung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapitalbindung und/oder variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden kann.

I Residuale Geschäftsrisiken

Sonstige unerwartete Volumens- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind. Hierzu gehören unter anderem

I Strategische Risiken

Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der Postbank auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.

I Reputationsrisiken

Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand. Der Vorstand hat eine auf der übergreifenden Risikostrategie basierende spezifische Teilrisikostrategie für Geschäftsrisiken verabschiedet. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand und das Marktrisikokomitee berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablaufkennlinien von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (v. a. Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf Volumen- und Margenschwan-

kungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken erfolgt mithilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Geschäftsrisiken:

- I Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.
- I Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.
- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Volumenentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.
- I Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschrieben. Damit kommt die Deutsche Postbank AG der Anforderung des § 289 Abs. 5 HGB nach. Die Deutsche Postbank AG erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimm-

bar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- | Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- | Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung,
- | Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank hat für die Umsetzung der Aufgaben des internen Kontrollsystems Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen definiert.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung und Ressourcen/Kredit beteiligt.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- | Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- | Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- | ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- | Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht,
- | Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- | Koordination der Entsprechenserklärung i. S. d. § 161 AktG,
- | Bereitstellung bestimmter Anhangangaben,
- | Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken.

Das Ressort Ressourcen/Kredit ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- | Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- | Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- | Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- | Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision (inklusive Auskunftsrecht) und Compliance,
- | Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- | Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Rege-

lungen eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Die Postbank stellt ihren Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242–256 HGB, §§ 264–287 HGB, § 289 HGB) unter Berücksichtigung der rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) und der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute sowie den ergänzenden Vorschriften der Satzung auf.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Der Jahresabschluss wird durch die entsprechenden Prüfungen im Bereich Rechnungswesen qualitativ gesichert.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungs-Tools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitoring überwacht wird.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Verbuchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision prüft entsprechend den MaRisk risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Die Revision prüft grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft.

Die Interne Revision sieht in ihrem jährlichen Prüfungsplan geeignete Prüfungshandlungen vor, um die Angemessenheit der internen Ratingssysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingssysteme grundsätzlich sicherzustellen.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Zur Festlegung der Wesentlichkeit von Projekten wurde im Geschäftsjahr ein eigenes Verfahren etabliert. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat mit Rundschreiben 22/2009 vom 21. Dezember 2009 neue Anforderungen an Vergütungssysteme der Institute gestellt.

Die Vergütungssysteme wurden mit Wirkung für 2010 bereits den dort geregelten allgemeinen Anforderungen angepasst. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die hohe Risikopositionen begründen können, werden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Postbank setzt diese Veränderungen

bis voraussichtlich April 2010 um, soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich ist.

Laufende Rechtsverfahren

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des Beihilfeverfahrens untersucht, das mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossen wurde. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet sind. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sowie zwischen Deutsche Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeprüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusiv-

rechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Zu Beginn des Jahres 2010 befindet sich die Weltwirtschaft in einer fragilen Erholungsphase. Der Aufschwung wird aber noch sehr stark durch eine extrem expansive Geldpolitik wie auch eine Vielzahl umfangreicher staatlicher Maßnahmen gestützt. Von einer sich selbst tragenden Entwicklung kann deshalb noch nicht gesprochen werden. Dies birgt das Risiko, dass die wirtschaftliche Dynamik schon bald wieder nachlässt. Die Wachstumsaussichten schätzen wir deshalb eher verhalten ein. Die globale Wirtschaftsleistung dürfte 2010 mit 3,5 % weniger stark zulegen als in den Jahren vor der Krise. Im Jahr 2011 dürfte das Wachstum des globalen BIP's noch etwas schwächer ausfallen als im laufenden Jahr.

In den Vereinigten Staaten zeichnet sich ab, dass sich die Konjunkturerholung 2010 fortsetzen wird. Ausrüstungs- und Wohnungsbauinvestitionen sollten, von sehr niedrigen Niveaus ausgehend, ausgeweitet werden. Der private Verbrauch wird sich dementsprechend voraussichtlich eher schwach entwickeln. Die noch immer sehr hohe Verschuldung der Haushalte und die wahrscheinlich zunächst noch weiter steigende Arbeitslosigkeit dürften hier die Dynamik spürbar bremsen. Vom Außenhandel sind aus heutiger Sicht – anders als in den Vorjahren – per saldo keine expansiven Impulse mehr zu erwarten. Das BIP-Wachstum dürfte deshalb 2010 mit 2,1 % eher mäßig ausfallen. Für das Jahr 2011 rechnen wir aufgrund nachlassender Impulse aus den staatlichen Konjunkturprogrammen mit einem etwas schwächeren Wachstum.

Die japanische Wirtschaft dürfte von der Wiederbelebung des Welt Handels profitieren. Die Exporte sollten stark zunehmen. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sollten auch die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben wieder ausweiten. Das BIP sollte deshalb 2010 mit einem Plus von 1,7 % solide wachsen. Aufgrund geringerer Impulse aus dem Außenhandel dürfte das BIP-Wachstum 2011 jedoch spürbar niedriger ausfallen. In China wird sich das Wirtschaftswachstum 2010 voraussichtlich weiterhin auf hohem Niveau bewegen. Sollte die Regierung Maßnahmen gegen eine drohende Überhitzung der Wirtschaft ergreifen, würde das Wachstum 2011 allerdings wohl deutlich zurückgehen.

Die Konjunktur im Euroraum wird sich 2010 aller Voraussicht nach erholen. Impulse sollten von den Exporten und den Bruttoanlageinvestitionen ausgehen. Dagegen dürfte der private Verbrauch vor dem Hintergrund des zunächst zu erwartenden weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit und einer schwachen Einkommensentwicklung kaum über das Niveau der Stagnation hinauskommen. Die Auftriebskräfte aus den Exporten und den Bruttoanlageinvestitionen könnten im Jahresverlauf bereits wieder erlahmen, wenn sich die Effekte, die von den staatlichen Konjunkturprogrammen ausgehen, abschwächen. Dennoch rechnen wir für 2010 mit einem verhaltenen BIP-Wachstum in Höhe von 1,7 %. Eine schwächere Weltkonjunktur und der zunehmende Druck zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte lassen für 2011 einen geringeren Anstieg des BIP voraussehen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft dürfte 2010 aufgrund ihrer Exportorientierung kräftige Impulse aus der globalen Wachstumsbelebung erhalten. Die Ausfuhren sollten deutlich kräftiger zulegen als die Einfuhren. Der

Außenhandel würde damit einen spürbaren Beitrag zum BIP-Wachstum leisten. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten in diesem Umfeld, von niedrigem Niveau ausgehend, erhöht werden. Zudem wird das staatliche Infrastrukturprogramm erst 2010 seine volle Wirkung entfalten. Zusammen mit moderaten Zuwächsen im Wohnungsbau sollte dies zu einer verhaltenen Belebung bei den Bauinvestitionen führen. Dagegen sind vom privaten Verbrauch keine Impulse zu erwarten: Zum einen wird die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich noch weiter steigen und zum anderen zeichnen sich negative Rückpralleffekte auf die staatliche Abwrackprämie für Altfahrzeuge ab. Das BIP-Wachstum Deutschlands sollte 2010 aber dennoch aufgrund der Impulse aus dem Außenhandel mit einem Plus von 2,2 % deutlich höher ausfallen als das des Euroraums. 2011 dürften das Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme und die nachlassende Zugkraft der globalen Wirtschaft zu einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums führen.

Märkte

Die Notenbanken dürften 2010 ihren Ausstieg aus der hochexpansiven Geldpolitik vorantreiben. Im Vordergrund sollte dabei zunächst die Rückführung unkonventioneller Maßnahmen, wie z. B. des direkten Ankaufs von Wertpapieren und langfristiger Refinanzierungsgeschäfte, stehen. Mit einer ersten Zinserhöhung der US-Notenbank rechnen wir für die Jahresmitte. Bis Ende 2010 dürfte der US-Leitzins auf 1 % steigen. Die nur verhalten voranschreitende Erholung der Konjunktur und das weiterhin hohe Maß an Preisstabilität sollten der EZB Spielraum verschaffen, ihren Leitzins noch etwas länger auf dem aktuell sehr niedrigen Niveau von 1 % zu belassen. Mit Leitzinsanhebungen auf 1,5 % rechnen wir im Euroraum daher erst für das Schlussquartal 2010.

Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung und eine Normalisierung der Inflationsraten sollten in den großen Währungsräumen im ersten Halbjahr zunächst für höhere Renditen sorgen. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen könnte dabei bis auf 3,75 % steigen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die von uns erwartete konjunkturelle Abschwächung dann wieder für eine Gegenbewegung bei den langfristigen Renditen sorgen. Da die Leitzinserhöhungen im Euroraum aller Voraussicht nach insgesamt gering ausfallen werden, rechnen wir für das gesamte Jahr 2010 mit einer leichten Abflachung der Zinsstrukturkurve. Im historischen Vergleich wird sie aber immer noch sehr steil bleiben.

Der Rückgang bei den Risikoaufschlägen für Unternehmensanleihen dürfte sich 2010 allenfalls noch mit deutlich verlangsamttem Tempo fortsetzen. Zudem steigt mit den erwarteten konjunkturellen Schwankungen das Rückschlagsrisiko für die Corporate Spreads. Insgesamt rechnen wir hier mit keinem eindeutigen Trend.

Branchenausblick

Bei einem Treffen im September 2009 in Pittsburgh haben sich die G20-Staaten auf eine Reihe von Anforderungen an Banken geeinigt, die zum Ziel haben, die Wahrscheinlichkeit künftiger Finanzkrisen zu verringern. Neben einer langfristigen Verschärfung der Anforderungen an die Qualität des Eigenkapitals steht dabei insbesondere die Einführung einer Obergrenze für die sogenannte Leverage Ratio im Zentrum. Grenzen für die Leverage Ratio, die das Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital abbildet, werden bisher vor allem in angelsächsischen Ländern angewandt. Je nach Ausgestaltung kann

die Einführung einer solchen Obergrenze erhebliche Auswirkungen auf deutsche Banken haben. Im Unterschied zu anderen Ländern spielt in Deutschland die bankorientierte Finanzierung eine große Rolle. Insbesondere deutsche Finanzinstitute mit einem hohen Anteil im Privat- und Firmenkundengeschäft weisen daher in der Regel eine relativ hohe Leverage Ratio bei vergleichsweise guter Bilanzqualität auf der Aktivseite auf. Diese Verhältniszahl könnte nur durch eine Erhöhung des Eigenkapitals oder eine Drosselung der Kreditvergabe substantiell reduziert werden. Dementsprechend können bei Einführung einer harten Obergrenze für die Leverage Ratio erhebliche gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf das Kreditangebot nicht ausgeschlossen werden. Eine Leverage Ratio als zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Indikator i.S.d. Säule II von Basel II könnte jedoch Fehlentwicklungen bei einzelnen Kreditinstituten identifizierbar machen. Insgesamt könnten eventuelle Änderungen des regulatorischen Umfelds zu erheblichen Belastungen des Bankensektors und der Postbank führen. Es ist derzeit noch nicht absehbar, in welchem Umfang und zu welcher Zeit die vielfältigen diskutierten Änderungen umgesetzt werden. Insbesondere deutliche Verschärfungen der Kapitalanforderungen könnten zu einer Verminderung der Fähigkeit, Erträge zu generieren bis hin zu zusätzlichem Kapitalbedarf und damit einhergehend zu einem Rückgang der Eigenkapitalrendite führen. Die Postbank geht bei ihren Planungen derzeit davon aus, dass die diskutierten Verschärfungen der Anforderungen zur Eigenkapitalausstattung und zur Relation Bilanzgröße/Eigenkapital (Leverage Ratio) mit Augenmaß unter Berücksichtigung der Geschäftsmodelle und über Einführungszeitraum von drei Jahren umgesetzt werden.

Das Umfeld für deutsche Banken stellt sich trotz der sichtbaren moderaten konjunkturellen Erholungsanzeichen für das Jahr 2010 nur eingeschränkt positiv dar. Viele Institute sollten zwar auch in diesem Jahr ihre Zinsergebnisse moderat steigern können, da sie von der Steilheit der Zinsstrukturkurve profitieren. Das anhaltend niedrige Zinsniveau stellt allerdings insbesondere für einlagenstarke Banken, wie die Postbank, eine Herausforderung für den Zinsüberschuss dar, der mit einer weiteren Absenkung der Zinsaufwendungen gegensteuernd ist. Eine Verflachung der Zinsstrukturkurve könnte die vorgeschriebene Möglichkeit zur Erzielung zusätzlichen Zinsüberschusses einschränken. Ein plötzlicher Entzug der durch die Notenbanken in massivem Umfang bereitgestellten Liquidität könnte zu Reaktionen an den Geld- und Kapitalmärkten führen. Diese könnten zu Rückschlägen bei den Spreads von Banken, Staaten und Unternehmen führen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Finanzkrise zu einer Schuldenkrise und/oder hohen Inflationsraten in einigen Ländern führen könnte. Insgesamt befinden sich die Märkte und Volkswirtschaften noch nicht in einer stabilen Verfassung. Unsere derzeitigen Prognosen gehen davon aus, dass keine erheblichen Rückschläge und Verwerfungen auftreten.

Die Zuführungen zur Risikovorsorge dürfte bei der Mehrheit der Banken mit Blick auf das Risiko weiterer Kreditausfälle bei privaten und institutionellen Kunden zunächst hoch bleiben und zumindest einen Teil der potenziellen Verbesserungen des Zinsergebnisses wieder aufzehren. Eine deutliche Reduzierung der Risikovorsorge auf die jeweiligen Vorkrisenniveaus ist vorerst nicht zu erwarten. Risiken bestehen hier weiterhin aus dem internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft, insbesondere wenn z. B. Anschlussfinanzierungen in ausländischen Teilmärkten nur auf deutlich reduzierten

Preisniveaus stattfinden könnten. Dies kann einerseits die Risikovorsorge der beteiligten Banken und andererseits die Preisentwicklung an den betroffenen Immobilienmärkten negativ beeinflussen und die Ergebnissituation der Institute spürbar belasten.

Eigenhandel und Investmentbanking dürften angesichts des erwarteten schwierigen Kapitalmarktumfelds eher geringere Ergebnisbeiträge generieren. Zudem besteht das Risiko, dass Institute weitere Abschreibungen auf problematische Wertpapiergattungen vornehmen müssen. Mehrheitlich sollten deutsche Banken daher im laufenden Jahr nur moderate Steigerungen der operativen Ergebnisse erreichen können.

Auch in den nächsten Jahren dürfte angesichts der nur schwachen konjunkturellen Wachstumsraten das nachhaltige Ertragsniveau vieler Institute hinter dem Niveau der Vor-Krisenjahre zurückbleiben. Die zu erwartende Verschärfung der regulatorischen Anforderungen für Banken könnte den Erholungsprozess der Branche auf längere Sicht beeinträchtigen.

Die Drei-Säulen-Struktur der deutschen Bankenlandschaft dürfte weiterhin Bestand haben. Säulenübergreifende Konsolidierungsansätze sind weiterhin nicht erkennbar. Auch Fusionen zwischen Landesbanken, die zum Teil massiv von den Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise getroffen wurden, sind aktuell nicht in Sicht.

Erwartete Finanzlage

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Im Rahmen des strategischen Programms Postbank4Future investiert die Bank in den Ausbau und die Modernisierung der Vertriebskanäle sowie in die Optimierung der Kundensysteme. Die Postbank setzt weiterhin auf die Erweiterung ihres Geldautomatennetzes, und zwar einerseits durch Kooperationen und andererseits durch den Aufbau weiterer eigener Geldautomatenstandorte. Durch die Installation von Multifunktionsgeräten in den Filialen werden wir den Service für unsere Kunden weiter verbessern. Auch die Umsetzung gesetzlicher Regelungen, z. B. der Verbraucherkreditrichtlinie, der Abgeltungssteuer SEPA sowie im Bereich des Meldewesens, wird weiterhin im Zentrum der Investitionen stehen. Daneben wird die Optimierung von Prozessen und Systemen 2010 einen Schwerpunkt der Investitionen bilden.

Ziele der Postbank

Erwartete Ertragslage der Postbank

Für 2010 und 2011 ist mit einer leichten Erholung der Weltwirtschaft zu rechnen. Die vielfältigen Konjunkturprogramme der Regierungen sollten ihre Wirkung weiter entfalten. Die Umfeldbedingungen an den Kapitalmärkten bleiben voraussichtlich fragil. Da weiterhin von überdurchschnittlich vielen Unternehmensinsolvenzen sowie von anhaltend schwierigen Bedingungen an den internationalen Immobilienmärkten auszugehen ist, ist weiterhin mit einer erhöhten Risikovorsorgenotwendigkeit im Bankensektor zu rechnen. Die nachfolgende Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung der Postbank geht von einem Basisszenario aus. Hierin sind etwaige Auswirkungen von im Abschnitt Branchenausblick dargestellten und potenziell erheblichen Rückschlägen und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten nicht enthalten.

Die Postbank ist mit einer weiterhin guten Entwicklung der operativen Ergebnisse, den stabilen und nachhaltigen Ertragsströmen aus dem Kundengeschäft sowie einer soliden Refinanzierungsbasis gut für bestehende Herausforderungen aufgestellt. Der eingeschlagene Kurs der Konzentration des Geschäftsmodells auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden wird dabei konsequent beibehalten. Das Strategieprogramm Postbank4Future wird hierbei wertvolle Impulse zur Verbesserung der Marktstellung, insbesondere im Retail Banking, liefern. Den Weg, die kapitalmarktbezogenen Bestände und Risiken abzubauen, wird die Bank in den kommenden Perioden konsequent weiterverfolgen.

Auf Basis der erwarteten Entwicklungen im Kundengeschäft und der externen Rahmenbedingungen gehen wir für das laufende Geschäftsjahr und 2011 trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der nur langsam wieder steigenden Transaktionsvolumen im Wertpapier- und Fondsgeschäft von einem leichten Wachstum der Summe der operativen Kernertragskomponenten Zins- und Provisionsüberschuss aus. Das Kostenmanagement werden wir im Rahmen unseres Strategieprogramms nochmals deutlich stärken. Angesichts erwarteter Effizienzsteigerungen aus der Verschlankung unseres Produktspektrums sowie aus der Zusammenfassung von Overhead-Funktionen gehen wir davon aus, den Personalbestand im Konzern bis 2012 um rund 2.000 Mitarbeiter auf dann 19.000 Mitarbeiter sozialverträglich reduzieren zu können.

Die Entwicklung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften und des Bewertungsergebnisses werden maßgeblich vom Geschehen an den Geld- und Kapitalmärkten sowie – bezogen auf die hier verbuchten Belastungen aus unserem strukturierten Kreditportfolio – von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Zahl der Unternehmensinsolvenzen geprägt. Unter der Voraussetzung, dass es in der makroökonomischen Entwicklung nicht zu spürbaren Abweichungen von den Erwartungen kommt, sollten die Gesamtbelastungen aus dem Nettoergebnis aus Finanzgeschäften und dem Bewertungsergebnis in den kommenden Perioden spürbar geringer ausfallen als in den Jahren 2008 und 2009 und es somit zu einer Verbesserung der Ergebnisse in diesen GuV-Positionen kommen. Dieser Trend könnte allerdings – auch bei ansonsten intakter Marktlage – u. a. durch Ausfälle und Downgrades einzelner Emittenten mit Breitenwirkung gestört werden.

Für die Risikovorsorge erwarten wir, insbesondere aufgrund der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen an den internationalen Immobilienmärkten, ein weiterhin erhöhtes Niveau. Hierbei erwarten wir im Jahr 2010 noch spürbare Belastungen – wenn auch geringere als im Jahr 2009 – im Bereich des gewerblichen Immobilienkreditgeschäftes. Diese Belastungen sollten nach heutiger Einschätzung im Jahr 2011 weiter zurückgehen.

Ausgehend von unserem heutigen Normalszenario sollte sich die Risikovorsorge auch in den kommenden Perioden im Vergleich zu anderen Instituten weiter auf relativ moderatem Niveau bewegen. Die Postbank profitiert hier von ihrem zu einem großen Teil auf deutsche hochbesicherte Privatkundenbaufinanzierungen fokussierten Geschäft.

Zusammenfassend gehen wir davon aus, dass sich die außerordentlichen Belastungen in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 sowie in

den Folgeperioden gegenüber den beiden Vorjahren sukzessive vermindern dürften. Auf Basis solider Ertragsströme aus dem Kundengeschäft und eines konsequenten Kostenmanagements sollten wir wieder positive Ergebnisse ausweisen können.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 23. Februar 2010
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Stefan Jütte



Dr. Mario Daberkow



Marc Heß



Horst Kuper



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009 – Deutsche Postbank AG, Bonn

Aktivseite

	€	Vorjahr Mio €	€	€	Vorjahr Mio €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			872.744.766,12		910
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			3.596.464.382,34		2.173
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	3.594.423.584,01	2.172		4.469.209.148,46	
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			4.822.474.731,98		2.856
b) andere Forderungen			24.371.167.597,84		31.506
darunter:					
Hypothekendarlehen	803.610.075,49	820			
Kommunalkredite	253.564.594,06	268		29.193.642.329,82	
3. Forderungen an Kunden					
darunter:					
Hypothekendarlehen	29.200.697.312,72	27.863			
Kommunalkredite	2.743.313.462,95	2.182		70.487.163.818,94	69.225
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-,--		0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,--	0			
ab) von anderen Emittenten			3.531.276.742,56	3.531.276.742,56	6.867
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.531.276.742,56	2.925			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			21.116.329.509,18		22.095
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	20.955.575.395,15	21.932			
bb) von anderen Emittenten			29.592.393.681,15	50.708.723.190,33	38.377
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	24.475.011.811,46	33.600			
c) eigene Schuldverschreibungen				77.066.591,60	245
Nennbetrag	84.173.425,92	252		54.317.066.524,49	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				633.911.726,29	974
6. Beteiligungen					
darunter:					
an Kreditinstituten	1.171.593,72	1			
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,--	0		15.520.244,39	17
7. Anteile an verbundenen Unternehmen					
darunter:					
an Kreditinstituten	552.332.765,28	552			
an Finanzdienstleistungsinstituten	17.046.461,58	5		13.609.923.630,66	13.689
8. Treuhandvermögen					
darunter: Treuhandkredite	937.328.208,09	1.011		1.045.431.888,24	1.085
9. Immaterielle Anlagewerte				36.921.050,15	39
10. Sachanlagen				574.276.563,79	603
11. Sonstige Vermögensgegenstände				804.640.499,52	1.395
12. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			197.497.875,53		240
b) andere			1.812.817.118,51	2.010.314.994,04	1.202
Summe der Aktiva				177.198.022.418,79	193.498

		Vorjahr		Passivseite	
		€	Mio €	€	€
				€	Vorjahr Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig				1.634.088.704,90	2.975
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				33.094.121.326,52	63.292
darunter:					
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	82.512.659,53	730			
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	654.390.094,42	1.876			
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					
an den Darlehensgeber ausgehändigte					
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0			
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0			
gemischt gedeckte NSV lt. DSLBÜmwG	1.136.455.335,03	1.135		34.728.210.031,42	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		48.875.959.077,78			34.663
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
von mehr als 3 Monaten		177.417.791,74	49.053.376.869,52		361
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.020.486.144,18		414
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			276.391.821,90		655
d) gemischt gedeckte NSV lt. DSLBÜmwG			13.393.977.305,79		13.411
e) andere Verbindlichkeiten					
ea) täglich fällig			38.528.467.517,43		31.260
eb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			12.405.923.561,64		19.447
darunter:					
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					
an den Darlehensgeber ausgehändigte					
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	10			
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	10		114.678.623.220,46	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe		4.219.462.840,63			3.585
ab) öffentliche Pfandbriefe		1.736.549.439,73			0
ac) gemischt gedeckte Schuld-					
verschreibungen lt. DSLBÜmwG		134.454.761,60			124
ad) sonstige Schuldverschreibungen		4.073.004.101,47	10.163.471.143,43		8.123
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			5.619.168.024,31		2.727
darunter: Geldmarktpapiere	5.619.168.024,31	2.727		15.782.639.167,74	
4. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite	937.328.208,09	1.011		1.045.431.888,24	1.085
5. Sonstige Verbindlichkeiten				618.471.471,27	564
6. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			73.502.249,45		103
b) andere			984.050.221,19	1.057.552.470,64	1.086
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und					
ähnliche Verpflichtungen			591.734.501,13		577
b) Steuerrückstellungen			89.534.536,48		136
c) andere Rückstellungen			891.390.896,96	1.572.659.934,57	592
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				3.687.973.601,63	3.777
9. Genusssrechtskapital					
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	74.084.021,00	48		1.210.814.862,66	1.222
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				1.165.000.000,00	1.165
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			547.000.000,00		547
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter			13.146.289,05		38
c) Kapitalrücklage			1.090.499.481,11		1.569
d) andere Gewinnrücklagen			0,00		0
e) Bilanzgewinn			0,00	1.650.645.770,16	0
Summe der Passiva				177.198.022.418,79	193.498
			€	€	Vorjahr Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-:-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen*			5.039.880.526,87		4.694
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-:-	5.039.880.526,87	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-:-		-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-:-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			7.150.386.818,78	7.150.386.818,78	20.446

* Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben

Gewinn- und Verlustrechnung – Deutsche Postbank AG, Bonn, für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

Vergleichszahlen vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008

Aufwendungen

	€	Vorjahr Mio €	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinsaufwendungen				4.425.813.069,85	6.111
2. Provisionsaufwendungen				383.961.227,86	326
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		466.438.276,54			516
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		220.479.253,26	686.917.529,80		223
darunter: für Altersversorgung	172.979.127,45	177			
b) andere Verwaltungsaufwendungen			1.590.339.888,63	2.277.257.418,43	1.561
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				33.397.454,89	39
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				95.455.329,17	53
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				668.730.013,77	1.398
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				526.528.843,90	823
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme				18.305.871,00	4
9. Außerordentliche Aufwendungen				0,00	13
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				33.075.195,71	113
11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen				1.510.688,24	5
12. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				0,00	0
13. Jahresüberschuss				0,00	0
Summe der Aufwendungen				8.464.035.112,82	11.185

Anhang

Deutsche Postbank AG

für das Geschäftsjahr 2009

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009.

Im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurde in der RechKredV der Begriff Realkreditinstitut durch Pfandbriefbank ersetzt. Die Postbank hat die Ausweise in der Formblattbilanz zum 31.12.2009 mit ihren entsprechenden Vorjahreszahlen vorgenommen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen in steuerlich zulässiger Höhe. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB und § 280 HGB). Soweit Wertpapiere durch betrags-, währungs- und laufzeitkongruente Termin- oder Optionsgeschäfte gesichert wurden, sind Bewertungseinheiten gebildet worden. Bewertungsspitzen wurden imparitatisch berücksichtigt.

Soweit derivative Produkte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, sind sie zu aktuellen Marktpreisen bewertet worden. Für Bewertungs-

verluste wurden Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Die Postbank führt eine Portfoliobewertung für die Handelsbücher in den Abteilungen Operative Liquiditätssteuerung und Handel Zinsen durch. Die Zinsfutures, Optionen auf Zinsfutures, Zinsswaps, Forward Rate Agreement und Zinsbegrenzungsderivate innerhalb der Handelsportfolien „Liquiditätsoptimierung“ und „Handel Zinsen“ werden mit Marktkursen bewertet. Die sich ergebenden Bewertungsverluste werden mit Bewertungsgewinnen des Portfolios verrechnet. Eine sich ergebende Spitze wird erfolgswirksam vereinnahmt.

Das Verfahren einer risikoadjustierten Marktbewertung wird für die Geldhandelsportfolien und das Swaphandelsportfolio angewandt. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis jedes dieser Portfolien um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (zehn Tage Haltedauer, 99% Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) ermittelten Value-at-Risk (VaR) gekürzt. Damit wird sichergestellt, dass im Nettoertrag aus Finanzgeschäften keine schwebenden Gewinne aus risikobehafteten Portfolien ausgewiesen werden. Diese ergebniswirksame risikoadjustierte Marktbewertung wird durch einen bilanziellen Ausgleichsposten abgebildet, der entweder unter den sonstigen Vermögensgegenständen oder den Rückstellungen ausgewiesen wird.

Aufgrund des von der Postbank beobachteten gestiegenen Transaktionsvolumens an den Primär- und Sekundärmärkten für europäische Staatsanleihen, Pfandbriefe, Banken- und Unternehmensanleihen stellt die Postbank im Rahmen der Bewertung dieser Bestände zum dritten Quartal (nur für Unternehmensanleihen) bzw. vierten Quartal 2009 eine Aktivität dieser Marktsegmente fest. Daher werden die Fair Values für diese Wertpapierbestände nicht mehr auf Basis eines Bewertungsmodells, sondern anhand beobachtbarer Marktpreise ermittelt.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere wurden gemäß § 340e Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) wurden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Asset Backed Securities sind in Teilen dem Anlagevermögen zugeordnet. Die enthaltenen synthetischen Collateralized Debt Obligations (CDO) stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden gemäß § 340e Abs. 1 S. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB-Spezialinvestmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen und aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Die auf ausländische Währung lautenden Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskurs in Euro umgerechnet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen linear nach Maßgabe steuerlich zulässiger Werte.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Soweit erforderlich werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 150 € werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe als Betriebsausgabe angesetzt.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten 150 €, aber nicht 1.000 € übersteigen, wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen bei Mikroswaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden grundsätzlich abgegrenzt und über die Laufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst. Gegen den Abschreibungsbedarf auf den Basiskontrakt wird kompensierend die Auflösung der Close-out-Zahlung gebucht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds wurden nach der Effektivzins-Methode zugeschrieben.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr 2009 emittierte die Postbank ihren dritten Jumbo Hypothekendarlehenbrief mit einem Volumen von 1 Mrd €. Die Emission hat eine Laufzeit von fünf Jahren und wird mit 3,75 % jährlich verzinst. Darüber hinaus platzierte die Postbank im Geschäftsjahr 2009 ihren ersten öffentlichen Jumbo Darlehenbrief mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mrd €. Diese Emission hat ebenfalls eine Laufzeit von fünf Jahren und wird mit 3,125 % jährlich verzinst.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 6 % auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G errechnet und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für laufende Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften bewertet.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen wurden ausreichend bemessen und tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen dar, die von für diesen Zweck bestehenden Tochtergesellschaften für 1.600 Mio € gekauft wurden. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren rückzahlbar.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 340h Abs. 1 Satz 2 HGB mit den am Bilanzstichtag gültigen Kassamittelkursen in Euro umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtages bewertet.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung gemäß § 340h Abs. 2 S. 2 HGB als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Erfolgsrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Deutsche Bank hält seit dem 09. März 2009 25 % plus eine Aktie an der Postbank. Die Aktien stammen im Wesentlichen aus dem Vollzug des ersten Teils der Transaktion mit der Deutschen Post AG.

Die Deutsche Post AG hält seit diesem Zeitpunkt 39,5 % an der Postbank.

Die Postbank AG wurde zum 31. Dezember 2009 in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG und der Deutschen Bank AG als assoziiertes Unternehmen einbezogen.

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit der Verordnung über die RechKredV und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

IV. KWG Grundsätze

Im Berichtsjahr hielten sich die eigenen Mittel und die Liquidität der Postbank stets im Rahmen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgestellten Grundsätze (§§ 10, 10a und 11 KWG).

Die Postbank-Gruppe macht für ihr Einzelinstitut Deutsche Postbank AG von der Anwendung der Waiver-Regelung gemäß § 2a KWG Gebrauch und sieht von Einzelinstitutsmeldungen in Verbindung mit § 10 sowie § 13 a KWG ab. Eine Einhaltung der SolvV-Quoten erfolgt damit nur noch auf Gruppenebene.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	11.556	10.727
Forderungen an Kunden	5.176	5.185
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.873	5.983
Sonstige Vermögensgegenstände	335	347
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	52	54
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Forderungen an Kreditinstitute	21	21
Forderungen an Kunden	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	76	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10	10

Die Erhöhung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere resultiert im Wesentlichen aus von der BHW Bausparkasse AG erworbenen langfristigen Schuldverschreibungen.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	231	343
davon mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	0	0
davon vier Jahren oder länger	231	343

Wertpapierpensionsgeschäfte

Reverse Repos in Höhe von 3.941 Mio € und Buy and Sell Backs in Höhe von 1.108 Mio € wurden als Forderungen an Kreditinstitute bilanziert.

Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesen Geschäftstypen entstandene Zinsen in Höhe von 235 Mio € wurden als Zinserträge erfasst.

Repos in Höhe von 6.158 Mio € und Sell and Buy Backs in Höhe von 973 Mio € wurden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Aus diesen Geschäftstypen entstandene Zinsen in Höhe von 106 Mio € wurden als Zinsaufwendungen erfasst.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20.038	15.599
weniger als vier Jahren	99	48
davon vier Jahren oder länger	19.939	15.551
Sicherung durch Grundpfandrechte	29.201	27.863
davon als Deckung verwendet	17.294	13.422
Kommunaldarlehen	2.743	2.182
davon als Deckung verwendet	2.743	2.176

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	54.317	67.584
Geldmarktpapiere		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	3.531	6.867
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	20.783	21.260
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	333	835
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	27.790	37.663
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	1.803	714
Nicht nach dem Niederwertprinzip bewertete Wertpapiere	1.213	486
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	76	89
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	1	156

Im Anlagevermögen sind 19 Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.213 Mio € (im Vorjahr 486 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtages, Abschreibungen in Höhe von 285 Mio € (im Vorjahr 180 Mio €) angefallen wären. Es handelt sich hierbei um 8 Asset Backed Securities (Buchwert 238 Mio €, Marktwert 114 Mio €), die in einem außereuropäischen Land emittiert worden sind, sowie um 3 Asset Backed Securities (Buchwert 67 Mio €, Marktwert 59 Mio €) und 2 Staatsanleihen (Buchwert 778 Mio €, Marktwert 704 Mio €), die in der Europäischen Union emittiert worden sind. Des Weiteren hält die Bank 6 Asset Backed Securities (Buchwert 130 Mio €, Marktwert 51 Mio €), die auf der Kanalinsel Jersey C. I. emittiert worden sind. Von diesen Wertänderungen wurden insgesamt 47,2 Mio € als Drohverlustrückstellung für in diese Papiere eingebettete Kreditderivate erfasst.

Die Wertänderungen bei den verzinslichen Wertpapieren sind zins- und creditspreadinduziert und voraussichtlich nicht von Dauer. Für die gemäß IDW RS HFA 22 von den synthetischen CDO abgespaltenen Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 136 Mio € berücksichtigt.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	593	283
davon börsennotierte Wertpapiere	282	283
davon nicht börsennotierte Wertpapiere	311	0
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	0	0

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	5	7
davon börsennotiert	5	7
davon nicht börsennotiert	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	3.701	13.334
davon börsennotiert	0	0
davon nicht börsennotiert	3.701	13.334

Anlagespiegel

	Historische Anschaffungskosten 01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Wechselkurs-/ Zinsabgrenzungs- änderungen	Kumulierte Abschreibungen	Restbuchwert 31.12.2009	Abschreibung Geschäftsjahr 2009
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.817	0	-676	-26	-81	6.034	-44
Beteiligungen	21	3	-4	0	-4	16	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	14.372	392*	-37	0	-1.118	13.609	-435
Sachanlagen	1.002	2	-8	0	-422	574	-30
Immaterielle Anlagewerte	52	1	0	0	-16	37	-3
Gesamt	22.264	398	-725	-26	-1.641	20.270	-512

*Zugang + Zuschreibung

Die Postbank Privat Investment GmbH, Bonn, wurde mit Wirkung zum 31. Juli 2009 an die KAS Bank N.V., Amsterdam, mit einem Verkaufsgewinn in Höhe von 4,2 Mio € veräußert.

Im Rahmen eines Asset Deals hat die Postbank ihre Callcenter-Einheiten mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2009 an die Postbank Direkt GmbH, Bonn, veräußert. Bei einem Kaufpreis von 20,3 Mio € wurde ein sonstiger betrieblicher Ertrag von 20,1 Mio € erzielt.

Die Kapitalrücklage der BCB AG wurde im Wege einer Sacheinlage erhöht (21.299 T€). Als Sacheinlage wurden von der Postbank alle Geschäftsanteile an der BCB Processing GmbH an die BCB AG abgetreten (21.299 T€). Die Betriebs-Center für Banken Processing GmbH ist somit ab 01.01.2009 eine 100%ige Tochter der BCB AG.

Darüber hinaus enthalten die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen den Kauf der BHW Direktservice GmbH (3.955 T€) und die Kapitalerhöhungen der Postbank Direkt GmbH (20.833 T€), der PB (USA) Holdings, Inc. (102.311 T€) und der Postbank Finanzberatung AG (8.156 T€).

Die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen vierteljährliche Rückzahlungen der Kommanditanteile der DSL Portfolio GmbH & Co. KG (5.437 T€).

Mit Eintragung in das Handelsregister am 24.06.2009 wurde die DSF Deutsche System Finanzplan Gesellschaft für Finanzdienstvermittlung mbH (30 T€) auf die PB Sechste Beteiligungen GmbH verschmolzen. Die Gesellschaft ist ab diesem Zeitpunkt erloschen.

Die Abschreibungen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen die PB (USA) Holdings, Inc. (102.001 T€), die Postbank Finanzberatung AG (14.507 T€), die BHW Holding AG (250.744 T€) und die BCB AG (67.394 T€). Darüber hinaus wurden die Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezialinvest mit insgesamt 236.378 T€ zugeschrieben.

Die Zugänge bei den Beteiligungen betreffen die Kapitalerhöhung bei der Eurogiro Holdings A/S (54 T€) und die nachträglichen Anschaffungskosten bei der Hypoport AG (3.090 T€).

Abgänge betreffen den Verkauf der Aktien an der Visa Inc., USA (3.893 T€) und der Anteile an der Thüringer Landgesellschaft (19,5 T€) sowie die planmäßige Rückzahlung der stillen Einlage an der MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG (231 T€).

Die Abschreibungen bei den Beteiligungen betreffen die Hypoport AG (366 T€) und die Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR (11 T€).

Die Sachanlagen enthalten die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude in Höhe von 512 Mio € und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 10 Mio €.

Die immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf den Geschäfts- und Firmenwert der Niederlassung London und das von der BHW Bank AG übernommene Depotgeschäft. Im Hinblick auf die voraussichtliche Nutzung erfolgen die Abschreibungen planmäßig über 15 Jahre.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	344	350
Steuererstattungsansprüche	265	112
Einzugspapiere	128	2
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG (Talanx)	56	52
Ausgleichsposten Portfoliobewertung	0	672
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	0	147
Variation Margin	0	55

Die Postbank weist unter den sonstigen Vermögensgegenständen im Wesentlichen Forderungen an der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 199 Mio € und der PB Firmenkunden AG in Höhe von 74 Mio € aus.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps	1.648	1.057
Agioabgrenzungen aus Forderungen	106	147
Abgrenzung Emissionskosten/Disagio	73	75
Investitionszuschüsse	38	49
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Restlaufzeiten		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	24.371	31.505
bis 3 Monate	15.684	20.881
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.841	3.761
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.022	3.140
mehr als 5 Jahre	3.824	3.723
Forderungen an Kunden	70.487	69.225
bis 3 Monate	12.261	13.950
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.767	4.809
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	22.983	19.610
mehr als 5 Jahre	28.169	28.726
mit unbestimmter Laufzeit	2.307	2.130
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	6.604	13.271
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	13.402	22.050
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Treuhandvermögen	1.045	1.085
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Kunden	974	1.024
Forderungen an Kreditinstitute	71	61

Den traditionellen Schwerpunkt bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligungen und Bürgschaften.

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachstehenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.314	491
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	324	4.932
Sonstige Verbindlichkeiten	158	126
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in verbriefter Form enthalten:		
Verbrieftete Verbindlichkeiten	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.605	1.605
Genussrechte	30	30
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	211	164
Steuerverbindlichkeiten	174	197
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	99	0
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-Out-Zahlungen bei Mikrowaps	836	903
Upfront payments bei Handelsswaps	99	77
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	57	80
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	14	20
Über Pari-Anteil erworbener Par-Structure-Bonds	5	65
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalbezogene Rückstellungen	108	130
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	667	352

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Nachrangige Verbindlichkeiten

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10% des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	variabel	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,991 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agiobeträge) angefallen in Höhe von:	179	215

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	33.094	63.292
bis 3 Monate	8.962	41.635
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	17.425	15.495
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.149	1.878
mehr als 5 Jahre	4.558	4.284

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	169	191
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	51	53
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	118	138
mehr als 5 Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	27.097	33.926
bis 3 Monate	5.489	6.626
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.449	10.176
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.830	3.708
mehr als 5 Jahre	14.329	13.416

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	2.215	5.160
Andere verbiefte Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.619	2.727
bis 3 Monate	4.632	2.048
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	987	679

Für die Verbindlichkeiten sind keine Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen worden.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	13.885	22.595

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Offenmarktgeschäfte		
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung an den Pfandpool der LZB abgetreten	6.000	21.715

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	1.045	1.085
In dieser Position sind enthalten:		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	489	513
Kapital Zweckvermögen	443	447
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	55	68
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	46	45
Altenteilerrentenfonds	12	12

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Genussrechte	1.211	1.222
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenussscheine	567	575
Namensgenussscheine	644	647

Die Bank ist verpflichtet, die Genussrechtsinhaber, die am Jahresfehlbetrag teilgenommen haben, in den folgenden drei Jahren vor Dotierung der anderen Gewinnrücklagen vorrangig zu bedienen und die um die Verlustbeteiligung geminderte Einlage wieder aufzufüllen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Postbank beträgt 547 Mio € und ist in 218.800.000 nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wird der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung vom 22. April 2009 hat die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag bis zu 164,1 Mio € durch Ausgabe von bis zu 65.640.000 neuer, auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital I). Darüber hinaus wurde das Grundkapital um bis zu 109.400.000 zur Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten bedingt erhöht (Bedingtes Kapital II).

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 22. April 2009 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 21. Oktober 2010. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehende, bis zum 7. November 2009 befristete Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wird für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung eigene Aktien zu erwerben in geringem Umfang Gebrauch gemacht. So wurden insgesamt 12.292 Aktien mit einem Kurswert von 176.000 € erworben. Bei Wiederveräußerung der Bestände ist insgesamt ein Verlust in Höhe von –12.000 € entstanden. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Eigenkapitalentwicklung 2009	Gezeichnetes Kapital	Einlagen typisch stiller Gesellschafter	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2009	547	38	1.569	0	0	2.154
Abgang Vermögenseinlage stiller Gesellschafter		–23				–23
Ausschüttung						0
Einstellung ins gezeichnete Kapital						0
Einstellung in die Kapitalrücklage						0
Einstellung in die Gewinnrücklagen						0
Entnahmen aus der Kapitalrücklage			–479		479	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						0
Entnahmen aus Genussrechtskapital					11	11
Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter		–2			2	0
Bilanzverlust					–492	–492
Stand 31.12.2009	547	13	1.090	0	0	1.650

Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie durch die angespannte Situation auf den Immobilienmärkten hat die Bank im vierten Quartal eine umfassende Überprüfung der Risikopositionen durchgeführt. Im Ergebnis wurden vor allem die Einzelwertberichtigungen bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen erhöht. Dadurch weist die Postbank im Geschäftsjahr 2009 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von –492 Mio € aus. Die Gläubiger von stillen Einlagen sowie Teile der Genussrechte partizipieren am Jahresfehlbetrag mit einem Betrag von 13 Mio €. Darüber hinaus

löst die Postbank Kapitalrücklagen in Höhe von 479 Mio € auf und weist dadurch einen Bilanzgewinn von Null aus.

Gemäß § 10 Abs. 4a Satz 1 i. V. m. Abs. 4c KWG werden den Eigenmitteln nach Feststellung des Jahresabschlusses keine nicht realisierten Reserven zugerechnet.

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	13	38

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr, in dem ein Jahresüberschuss erzielt wird, eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt. Im Fall eines Jahresfehlbetrags ist dieser von der stillen Einlage im Verhältnis ihres Buchwerts zum gesamten in der Bilanz ausgewiesenen haftenden Eigenkapital der Bank, das am Verlust teilnimmt, abzusetzen. Gleichzeitig erhalten die stillen Gesellschafter keine Vergütung für die Einlage. Für das Geschäftsjahr 2009 wurden die stillen Gesellschafter gemäß den vertraglichen Bedingungen am Jahresfehlbetrag beteiligt. Die vertraglichen Bedingungen der stillen Gesellschafter sehen vor, dass diese innerhalb der folgenden drei Jahre vorrangig bedient werden und somit die um die Verlustpartizipation geminderte Einlage vor Dotierung der Rücklagen wieder aufgefüllt wird.

III. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corp. (PB Capital) in Höhe von 359 Mio € aus. Diese besteht im Wesentlichen aus Mietgarantien für Büroräume, Garantien für CP-Programme sowie Garantien für Swaps und Derivate. Des Weiteren weist sie eine Garantie gegenüber der PBI in Höhe von 2.247 Mio € aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. die Großkreditgrenze der PBI überschreiten. Ferner zeigt sie im Rahmen einer Verbriefungstransaktion eine Garantie zugunsten der KfW als Sicherungnehmer unter der Senior Garantie in Höhe von 1.160 Mio €.

IV. Andere Verpflichtungen

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Andere Verpflichtungen		
In dieser Position sind enthalten:		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.150	20.446
davon: bereitgestellte Baudarlehen	2.178	3.016

Im Geschäftsjahr 2009 wurden unmittelbar kündbare Kreditlinien in Höhe von 12 Mrd € nicht mehr unter den unwiderruflichen Kreditzusagen ausgewiesen.

V. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten im Wesentlichen Abschreibungen auf Structured Credit Products (SCP-Bestände) von ca. 480 Mio €. Im Rahmen einer Stichprobenprüfung durch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. wurde die Meinung vertreten, dass ein Zuführungsbetrag zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 55 Mio €, der im Geschäftsjahr 2009 gebucht wurde, bereits per Ende 2008 hätte berücksichtigt werden müssen. Um den Jahresabschlussprozess 2009 nicht zu verzögern, hat sich die Bank dieser Einschätzung angeschlossen, zumal das Ergebnis, über beide Berichtsjahre betrachtet, unverändert bleibt. Folglich sind im Geschäftsjahr 2009 in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen 55 Mio € enthalten, die dem Geschäftsjahr 2008 zuzurechnen sind.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Aufwendungen für die Abfindungszahlungen an die Kooperationspartner Münchner Rück, Ergo und Hamburg Mannheimer in Höhe von 33 Mio €, für den vorzeitigen Austritt aus dem mit den genannten Parteien am 21. März 2005 abgeschlossenen Vertriebskooperationsvertrag. Des Weiteren enthalten sie Gerichts- und Prozesskosten von 11 Mio € und Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation von 6 Mio €.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen Abschreibungen auf Beteiligungsbuchwerte der PB (USA) Holdings, Inc. (102 Mio €), der Postbank Finanzberatung AG (15 Mio €), der BHW Holding AG (251 Mio €) und der BCB AG (67 Mio €). Darüber hinaus wurden Wertberichtigungen auf Rentenwerte in Höhe von 92 Mio € vorgenommen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 33 Mio €. Davon entfällt 1 Mio € auf die Ergebnisse der Betriebsprüfung für die Jahre 1998 bis 2000 und 2001 bis 2004.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten 255 Mio € Erträge aus Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen. Im Geschäftsjahr 2009 hat die Bank ihre Callcenter-Einheiten an die Postbank Direkt GmbH veräußert. Dies führte zu einem Verkaufserlös in Höhe von 20 Mio €. Darüber hinaus enthält die Position 61 Mio € Erträge aus Mieten und Pachten und 23 Mio € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Erträge nach geografischen Märkten

	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Deutschland	2.370	2.819
Übrige	73	82
Europa	73	82
Gesamt	2.443	2.901

Der Gesamtbetrag enthält die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung: Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Nettoertrag aus Finanzgeschäften.

C. Sonstige Angaben

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Postbank zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Brutto-bezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhe-geltfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Ver-pflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversor-gungskasse bestehen nicht.

Bezüglich der potenziellen Risiken aus (Sonder-) Beiträgen zur Ent-schädigungseinrichtung des Bundesverbands deutscher Banken ver-weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Die Postbank nutzt Leasinggeschäfte als Finanzierungsalternative in einem überschaubaren Ausmaß. Die Vorteile liegen für die Bank im Wesentlichen in der Liquiditätsschonung. Diesem Vorteil steht das Risiko gegenüber, dass die Leasinggegenstände nicht über die ge-samte Vertragsdauer benötigt werden.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 96 Mio €.

Patronatserklärungen

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Tochterge-sellschaften und gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Postbank resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochter-gesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungs-bedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Postbank in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochter-gesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle vier Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Die bestehenden Nachschussverpflichtungen resultieren aus gesetz-lichen Regelungen sowie gesellschaftsvertraglichen und anderen Vereinbarungen.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter.

In allen genannten Fällen stehen dem Risiko aus einer tatsächlichen Inanspruchnahme aus den jeweiligen Verpflichtungen die Chancen einer Partizipation an der Stabilisierung und Vertrauensbildung be-zogen auf die private deutsche Kreditwirtschaft gegenüber.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Ent-schädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Dienstleistung für Verwaltung und Vermittlung

Die Bank erbringt Dienstleistungen für Vermittlung von Versiche-rungen sowie Bausparverträgen, im Rahmen der mit der HUK Coburg, Talanx-Gruppe sowie mit der BHW Bausparkasse getroffenen Kooperationsverträge.

II. Mitarbeiter (durchschnittliche Arbeitskräfteeinheiten)

	Gesamt 2009	Gesamt 2008
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.724	2.831
Teilzeit	266	270
Beamte Vollzeit	1.477	1.924
Beamte Teilzeit	356	496
	4.823	5.521
Nachwuchs		
Auszubildende	293	265
Trainees	0	0
AIS-Studierend	14	15
	307	280
Gesamtsumme Mitarbeiter	5.130	5.801

III. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	232.613	9.407
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	1.313	2.529
BHW Bausparkasse AG, Hameln	100,0	983.674	0 ¹
BHW Direktservice GmbH, Hameln	100,0	3.851	879
BHW Eurofinance B. V., Arnheim, Niederlande	100,0	944	-5.307
BHW Financial Consultants Limited, Gurgaon, Indien	100,0	40	39 ³
BHW Financial S.r.l., Verona, Italien	100,0	687	62
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ¹
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.844	0 ¹
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	84.258	4.133
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	100,0	728.231	-211.446
BHW Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.065	757
BHW Invest S.A.R.L., Luxemburg	100,0	35.595	130
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ¹
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	9	16
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	0	18
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	23	9
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	47	23
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	54	3
Deutsche Postbank Home Finance Limited, Gurgaon, Indien	100,0	59.525	6.656 ³
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg	100,0	-745	49
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	655.530	-81.818
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	34.719	9.805
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	54.695	-376
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	0	0
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	24	-1
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	106	-107
Iphigenie Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	23	-1
Miami MEI, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	0	0 ⁷
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	308.976	-166.727
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA	100,0	308.799	-166.726
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA	0,0	0	0 ⁷
PB EuroTurks Finanzdienstleistungen GmbH i.L., Bonn	100,0	-	- ⁴
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	177	0
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	0	262 ⁷
PB Hollywood I Hollywood Station, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0		7, ⁸
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	25	0
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main (TGV 1-24)	100,0	9.567.871	365.972
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	18.755	3.078
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	7.093	4.611
Postbank Support GmbH, Köln	100,0	759	0 ¹
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.573	0 ¹

	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln	100,0	770	281
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	23	0
2650 Virginia Avenue NW LLC, Dover, Delaware, USA	100,0		⁸
401 Mass Avenue Holdings, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0		^{7,8}
PB (USA) Realty Corp., New York, USA	94,7	1.185.843	51.638
RALOS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	94,0	0	383
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	0	3.842
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	12.280	2.932
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	74,0	0	-107
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GMBH & CO. KG, Hamburg	65,0	6.496	0
DVD Gesellschaft für DV-gestützte Dienstleistungen mbH & Co. KG, Köln	51,0	2.798	2.405
Beteiligungen			
IG BAU Mitglieder-Service GmbH, Frankfurt a.M.	50,0	93	10
IG BCE Mitglieder-Service GmbH, Hannover	50,0	133	11
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	201	1
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	40,7	0	-60
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	-197
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	30,6	0	-45
SRC Security, Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	3.202	1.047
GENOPACE GmbH, Berlin	15,0	200	0
Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin	14,1		⁸
Quelle Bauspar AG, Fürth	14,1	41.310	560
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	11,0	36.428	2.028
Metallrente Pensionsfonds AG i.G., Stuttgart	10,0	-	- ⁴
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg	10,0	353	115
LHA Anlagenverwaltungsgesellschaft mbH, München	10,0	142	-9
Hypoport AG, Berlin	9,8	21.569	3.194
SILEX Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bad Schwalbach KG, Düsseldorf	9,5	0	-489 ⁵
SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rathaus Lübben KG, Düsseldorf	9,5	0	9 ⁵
MAXUL Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	9,0	0	1 ⁶
Eurogiro A/S, Taastrup, Dänemark	8,6	755	-1.102 ²
SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sonderhausen KG, Düsseldorf	7,5	0	63
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	6,3	60.705	839
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bankakademie KG, Düsseldorf	6,0	-	- ⁴
SAB Spar- und Anlageberatung GmbH, Bad Homburg v.d.Höhe	6,0	-	- ⁴
SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BBS IV Oldenburg KG, Düsseldorf	5,5	0	-152 ⁵
TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Perleberg KG, Düsseldorf	5,5	0	-6
Von Gablenz Straße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,2	-	- ⁴
MFG Flughafen Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	4,6	-	- ⁴
Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR, Hamburg	2,9	-	- ⁴
ConCardis GmbH, Frankfurt am Main	1,5	-	- ⁴
EURO Kartensysteme GmbH, Frankfurt am Main	1,5	-	- ⁴
SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Magdeburg	1,3	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.3 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,7	-	- ⁴
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	0,5	-	- ⁴
Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf	0,5	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.4 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,5	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.2 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,2	-	- ⁴
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,1	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.1 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,1	-	- ⁴

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs (31.12.2009) 1 EUR = 7,44 DKK

³ Umgerechnet zum Devisenkurs (31.12.2009) 1 EUR = 66,67 INR; Geschäftsjahr 01.04.2008–31.03.2009

⁴ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG bzw. des Konzerns Deutsche Postbank von untergeordneter Bedeutung sind.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 5,0 %

⁶ Der Stimmrechtsanteil beträgt 4,8 %

⁷ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %

⁸ Gesellschaft wurde in 2009 gegründet. Ein Jahresabschluss liegt noch nicht vor.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

IV. Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen Komponenten und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Grundgehalt (Fixum) und Nebenleistungen. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist die Jahresefolgsvergütung (Jahresbonus).

Die Jahresefolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der Jahresefolgsvergütung richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Höhe der Jahresefolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird die maximale Jahresefolgsvergütung gewährt. Der mögliche variable Vergütungsanteil kann den fixen Vergütungsanteil übersteigen.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung (Sonderbonus) beschließen.

Höhe der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2009

Die neun im Geschäftsjahr 2009 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt erfolgsunabhängige Bezüge in Höhe von 4.159,8 T€ (im Vorjahr 4.309,3 T€) erhalten. In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 196,2 T€ (im Vorjahr 175,3 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen.

Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation. Ein Jahresbonus für das Geschäftsjahr 2009 wird nicht gezahlt.

Die Gesamtvergütung für die neun im Geschäftsjahr 2009 aktiven Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 4.159,8 T€ (im Vorjahr 16.174,3 T€).

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG und der Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Klein, der sein Mandat zum 30. Juni 2009 niedergelegt hat, haben eine einvernehmliche Aufhebung des Vorstandsvertrags unterhalb der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vereinbart. Das Vertragsverhältnis mit Dr. Klein endet vorzeitig am 30. Juni 2010. Die festgelegte Abfindung liegt bei 2.937,5 T€. Auf etwaige Ansprüche auf Jahresefolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2009 hat Dr. Klein verzichtet.

Zum 29. Mai 2009 hat auch das für das Ressort IT/Operations zuständige Vorstandsmitglied Dirk Berensmann sein Mandat niedergelegt. Der Vorstandsvertrag mit Herrn Berensmann hat zum regulären Vertragsende am 31. Dezember 2009 geendet. Herr Berensmann erhält weder eine Abfindung noch eine Jahresefolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2009.

Vorstandsvergütung 2009

	Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsabhängige Vergütung	Gesamtsumme
	Fixum T€	Nebenleistungen T€	T€	T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2009)	700,6	14,9	0	715,5
Dirk Berensmann (Mitglied bis 29. Mai 2009)	208,3	10,2	0	218,5
Dr. Mario Daberkow (Mitglied seit 30. Mai 2009)	292,2	17,0	0	309,2
Marc Heß	500,0	35,3	0	535,3
Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2009)	437,5	13,0	0	450,5
Horst Küpker	500,0	32,8	0	532,8
Dr. Michael Meyer	425,0	20,4	0	445,4
Hans-Peter Schmid	400,0	26,1	0	426,1
Ralf Stemmer	500,0	26,5	0	526,5
Gesamt	3.963,6	196,2	0	4.159,8

Vorstandsvergütung 2008

	Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsabhängige Vergütung		Gesamtsumme T€
	Fixum	Nebenleistungen	Jahresbonus	Sonderbonus ¹	
	T€	T€	T€	T€	
Dr. Wolfgang Klein	875,0	28,4	0	2.400,0	3.303,4
Dirk Berensmann	500,0	24,6	0	1.300,0	1.824,6
Dr. Mario Daberkow (Mitglied bis 30. November 2008)	241,7	15,2	0	900,0	1.156,9
Stefan Jütte	538,1	14,7	0	1.465,0	2.017,8
Horst Küpker (Mitglied seit 1. Juli 2008)	250,0	11,2	0	1.300,0	1.561,2
Guido Lohmann (Mitglied bis 30. November 2008)	229,2	19,1	0	900,0	1.148,3
Dr. Michael Meyer	350,0	16,8	0	1.300,0	1.666,8
Loukas Rizos (Mitglied bis 30. Juni 2008)	300,0	9,9	0	100,0	409,9
Hans-Peter Schmid	400,0	18,5	0	900,0	1.318,5
Ralf Stemmer	450,0	16,9	0	1.300,0	1.766,9
Gesamt	4.134,0	175,3	0	11.865,0	16.174,3

¹ Enthält Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten. Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands. Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wurde nicht gezahlt.

Neue Struktur der Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 intensiv mit dem Vergütungssystem des Vorstands der Deutschen Postbank AG befasst und Anpassungen des Vergütungssystems, mit denen den neuen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben Rechnung getragen wird, beschlossen. Die Vergütung des Vorstands wird zukünftig stärker auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet.

Die Gesamtvergütung besteht weiterhin aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich weiterhin auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird künftig, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht mehr vollständig auf Jahresbasis ausbezahlt.

Vielmehr stehen 60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernerfolgs. Die Nachhaltigkeit des Konzernerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase positiv oder gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten nachfolgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähiges Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrages des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Dr. Meyer und Küpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Meyer, Heß und Küpker haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009	Maximalversorgungsgrad	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung
	%	%	€
Stefan Jütte	25,50	50,00	0
Hans-Peter Schmid	0	60,00	222.646
Ralf Stemmer	50	60,00	70.392
Dr. Mario Daberkow	0	60,00	93.165

Im Fall der Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow und Schmid ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2009 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht.

	Beitragssumme für 2009	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2009	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung
	€	€	€
Horst Küpker	125.000	334.043	97.303
Dr. Michael Meyer	87.500	456.335	71.825
Marc Heß	125.000	290.006	100.953

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,68 Mio € (im Vorjahr 16,42 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 55,42 Mio €.

V. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 536,3 T€ (Vorjahr 526,2 T€). Ergebnisbezogen erhält der Aufsichtsrat für das vergangene Geschäftsjahr keine variable Vergütung.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2009				Vergütung für das Geschäftsjahr 2008			
	Fixum	Variabel ¹	Sitzungsgeld	Summe	Fixum	Variabel ¹	Sitzungsgeld	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	52,5	–	2,8	55,3	45,5	–	2,5	48,0
Michael Sommer	45,0	–	1,8	46,8	45,0	–	1,8	46,8
John Allan	10,0	–	0,3	10,3	9,8	–	0,5	10,3
Wilfried Anhäuser	22,5	–	2,5	25,0	22,5	–	2,5	25,0
Jörg Asmussen	–	–	–	–	6,1	–	0,3	6,4
Marietta Auer	22,5	–	2,0	24,5	22,5	–	2,5	25,0
Rolf Bauermeister	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Wilfried Boysen	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Henry Cordes	15,0	–	0,8	15,8	1,8	–	0,3	2,1
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	3,8	33,8	30,0	–	3,5	33,5
Annette Harms	15,0	–	1,0	16,0	15,0	–	1,3	16,3
Dr. Tessen von Heydebreck	14,9	–	2,0	16,9	–	–	–	–
Dr. Peter Hoch	32,3	–	3,0	35,3	37,5	–	3,5	41,0
Elmar Kallfelz	27,0	–	2,5	29,5	25,1	–	3,0	28,1
Prof. Dr. Ralf Krüger	28,6	–	2,5	31,1	37,5	–	3,5	41,0
Dr. Axel Nawrath	–	–	–	–	4,9	–	–	4,9
Dr. Hans-Dieter Petram	22,5	–	1,3	23,8	19,9	–	1,3	21,2
Dr. Bernd Pfaffenbach	4,6	–	0,0	4,6	15,0	–	1,3	16,3
Lawrence A. Rosen	4,6	–	0,5	5,1	–	–	–	–
Dr. Klaus Schlede	–	–	–	–	7,9	–	0,8	8,7
Elmo von Schorlemer	4,6	–	0,3	4,9	15,0	–	1,3	16,3
Torsten Schulte	26,8	–	2,3	29,1	27,4	–	2,0	29,4
Eric Stadler	16,6	–	1,5	18,1	15,0	–	1,3	16,3
Werner Steinmüller	24,5	–	2,8	27,3	0,0	–	–	–
Gerd Tausendfreund	22,5	–	3,0	25,5	22,5	–	2,5	25,0
Renate Treis	24,1	–	1,5	25,6	22,5	–	2,5	25,0
Dr. Klaus Zumwinkel	–	–	–	–	7,0	–	–	7,0
Summe	496,1	–	40,2	536,3	485,4	–	40,8	526,2

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 24 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2009 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 950,4 T€ (Vorjahr 70,4 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2009 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden keine Kredite geführt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versiche-

rung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

VI. Termingeschäfte

Die Postbank setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 809 Mrd € (Vorjahr 681 Mrd €).

In der untenstehenden Tabelle (Tabelle 1) sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumen ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen 2, 3 und 4 auf der Folgeseite erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Handelsgeschäfte wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Tabelle 1	Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumen					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	697.744	624.878	19.494	14.753	-21.693	-16.698
FRAs	81.591	12.028	18	18	-25	-11
Zinsoptionen						
Käufe (long)	200	0	2	0	0	0
Verkäufe (short)	10	10	0	0	0	0
Caps, Floors	964	167	6	1	-8	-1
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	6.983	8.291	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	70	0	0	0	0	0
Insgesamt	787.562	645.374	19.520	14.772	-21.726	-16.710
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	19.614	31.564	95	892	-213	-837
Zins-Währungsswaps	691	1.385	55	175	-2	-34
Devisenoptionen						
Käufe (long)	15	192	0	7	0	-
Verkäufe (short)	5	149	0	0	0	-5
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	20.325	33.290	150	1.074	-215	-876
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen						
Käufe (long)	0	40	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	47	0	0	0	-1
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	0	5	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	142	25	6	1	0	0
Insgesamt	142	117	6	1	0	-1
Kreditderivate						
Käufe	379	517	2	30	-3	-5
Verkäufe	533	1.524	1	4	-142	-199
Insgesamt	912	2.041	3	34	-145	-204
Gesamtbestand	808.941	680.822	19.679	15.881	-22.086	-17.791

Nominalwerte in Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	46.552	48.020	18.645	29.236	138	51	23	191
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	123.298	66.701	1.026	3.284	0	0	101	413
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	218.093	171.727	306	436	4	66	435	659
mehr als 5 Jahre	399.619	358.926	348	334	0	0	353	779
Insgesamt	787.562	645.374	20.325	33.290	142	117	912	2.042

Nominalwerte in Mio €	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	806.087	678.000	19.580	15.765	-21.937	-17.627
Banken außerhalb der OECD	359	795	0	21	-140	-101
Sonstige Kontrahenten	2.495	2.027	99	95	-9	-63
Insgesamt	808.941	680.822	19.679	15.881	-22.086	-17.791

Nominalwerte in Mio €	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Zinskontrakte	716.527	580.248	18.789	14.333	-19.254	-13.850
Währungskontrakte	6.960	18.950	70	527	-61	-459
Aktienkontrakte	24	30	1	1	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Handelsgeschäfte insgesamt	723.511	599.228	18.860	14.861	-19.315	-14.309

VII. Deckungsrechnung

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	1.013	119	894
Barwert	1.091	126	965
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	1.181	895	286
Barwert	1.264	979	285
gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	16.796	14.335	2.461
Barwert	17.936	15.638	2.298
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	6.649	5.041	1.608
Barwert	7.243	5.495	1.748
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.380	1.728	652
Barwert	2.563	1.784	779

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2008 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2008 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	2.143	1.168	975
Barwert	2.267	1.211	1.056
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	2.957	2.482	475
Barwert	3.089	2.591	498
gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	16.197	14.273	1.924
Barwert	17.284	15.430	1.854
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	5.228	3.550	1.678
Barwert	5.669	3.802	1.867
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	0	0	0
Barwert	0	0	0

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

VIII. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz
(PfandBG)

A) § 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

1. Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und dafür
verwendete Deckungswerte

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert	Risikobarwert *
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Deckungswerte **	6.649,1	5.215,2	7.243,2	5.655,8	7.723,7	6.141,4
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hypothekendarlehen	5.040,5	3.550,0	5.495,2	3.802,8	5.768,9	3.951,2
Überdeckung in %	31,9	46,9	31,8	48,7	33,9	55,4

* dynamisches Verfahren

** einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete
Deckungswerte

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert	Risikobarwert *
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Deckungswerte **	2.380,2	0,0	2.563,5	0,0	2.680,6	0,0
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Pfandbriefe	1.728,0	0,0	1.783,6	0,0	1.857,6	0,0
Überdeckung in %	37,7	0,0	43,7	0,0	44,3	0,0

* dynamisches Verfahren

** einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

2. Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen
sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte
einschließlich weiterer Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 PfandBG,
nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

	Deckungswerte	Deckungswerte	Hypothekendarlehen	Hypothekendarlehen
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
bis zu 1 Jahr	296,5	107,2	390,0	550,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	622,9	0,0	100,0	0,0
mehr als 2 Jahren bis zu 3 Jahren	431,4	0,0	0,0	0,0
mehr als 3 Jahren bis zu 4 Jahren	638,7	0,0	1.500,0	0,0
mehr als 4 Jahren bis zu 5 Jahren	601,3	1.475,6	1.010,0	1.990,0
mehr als 5 Jahren bis zu 10 Jahren	2.237,1	2.005,2	1.321,0	1.010,0
über 10 Jahren	1.821,2	1.627,2	719,5	0,0
Summen	6.649,1	5.215,2	5.040,5	3.550,0

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte einschließlich Deckungswerte gem. § 20 Abs. 2 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

	Deckungswerte		Öffentliche Pfandbriefe	
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
bis zu 1 Jahr	184,7	0,0	0,0	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	451,5	0,0	50,0	0,0
mehr als 2 Jahren bis zu 3 Jahren	56,3	0,0	158,0	0,0
mehr als 3 Jahren bis zu 4 Jahren	273,2	0,0	0,0	0,0
mehr als 4 Jahren bis zu 5 Jahren	353,6	0,0	1.500,0	0,0
mehr als 5 Jahren bis zu 10 Jahren	893,2	0,0	20,0	0,0
über 10 Jahren	167,7	0,0	0,0	0,0
Summen	2.380,2	0,0	1.728,0	0,0

B) § 28 Abs. 2 Nr. 1 a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen

	Hypothekendeckungswerte	
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
bis einschließlich 300.000 €	5.467,8	4.555,9
mehr als 300.000 € bis einschließlich 5 Mio €	86,3	66,8
mehr als 5 Mio €	0,0	0,0
Summen	5.554,1	4.622,7

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

B) § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach der Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat)

	Öffentliche Deckungswerte	
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	400,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	1.180,2	0,0
Summe Deutschland	1.580,2	0,0
Belgien		
Staat	200,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Belgien	200,0	0,0
Frankreich inkl. Monaco		
Staat	200,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Frankreich inkl. Monaco	200,0	0,0
Irland		
Staat	100,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Irland	100,0	0,0
Italien		
Staat	200,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Italien	200,0	0,0
Spanien		
Staat	100,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Spanien	100,0	0,0
Gesamtsumme	2.380,2	0,0

C) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Summe	5.554,1	4.622,7	0,0	0,0

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Deutschland				
Wohnungen	2.101,1	2.012,1	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	3.010,0	2.224,6	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	443,0	386,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige gewerbliche Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Unfertige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0
Summen Deutschland	5.554,1	4.622,7	0,0	0,0

C) § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf öffentliche Forderungen

	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Summe	0,0	0,0

D) § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarlehen

	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Summe	0,0	0,0

E) Ersatzdeckung

	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Anteil der Ersatzdeckung (§ 19 Abs. 1 PfandBG)	1.095,0	592,5
davon in Deckungswerten gem. § 4 PfandBG	380,0	592,5

F) Am Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie die im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

	IV/2009 Mio €	IV/2008 Mio €
Summe	0,0	0,0

Angaben bezüglich des § 28 Abs. 2 Satz 1 und 3 Pfandbriefbankgesetz waren zum 31. Dezember 2009 sowie für den Vergleichszeitraum 2008 nicht erforderlich.

IX. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

X. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinsam am 18. Dezember 2009 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2009 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. Namen der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Stefan Jütte, Bonn (Vorsitzender seit 1. Juli 2009)	
Dr. Wolfgang Klein, Bonn (Vorsitzender)	bis 30. Juni 2009
Dirk Berensmann, Unkel	bis 29. Mai 2009
Dr. Mario Daberkow, Bonn	seit 30. Mai 2009
Marc Heß, Bonn	seit 1. Januar 2009
Horst Küpker, Bad Honnef	
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2009 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Stefan Jütte	Vorsitzender seit 1. Juli 2009
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 3. August 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. Juli 2009)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2009) Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2009) Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden
Mitglied des Vorstands (seit 1. Juli 2009)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2009)	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2009)	PB Factoring GmbH, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 20. August 2009)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. November 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Dr. Wolfgang Klein	
Vorsitzender bis 30. Juni 2009	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2009)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2009)	PB Spezial-Investmentaktiengesell- schaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands (bis 30. Juni 2009)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats (bis 30. Juni 2009)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (bis 30. Juni 2009)	Proactiv Holding AG, Hilden

Dirk Berensmann	Mitglied des Vorstands bis 29. Mai 2009
-----------------	--

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Beirats (vom 3. April bis 29. Mai 2009)	CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (bis 8. Mai 2009) Mitglied des Board of Directors (vom 9. Mai 2009 bis 29. Mai 2009)	Eurogiro Holding A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands (bis 29. Mai 2009)	e-Finance Lab Universität Frankfurt am Main

Dr. Mario Daberkow	Mitglied des Vorstands seit 30. Mai 2009
--------------------	---

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Dezember 2009)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Mai 2009)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Beirats (seit 30. Mai 2009)	Postbank Support GmbH, Köln
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 12. November 2009) Mitglied des Beirats (seit 4. August 2009)	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Board of Directors (seit 3. Juli 2009) Mitglied des Board of Directors (seit 29. Juni 2009)	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Beirats (bis 2. April 2009)	CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Juli 2009)	Eurogiro NCIP A/S, Taastrup (Dänemark)

Marc Heß	Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2009
----------	---

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 3. Juli 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main

Horst Küpker	
--------------	--

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 6. November 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 5. November 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2009)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
---	--

Dr. Michael Meyer	
-------------------	--

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. September 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2009)	Postbank Direkt GmbH, Bonn*
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied und Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2009)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied und Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Juli 2009)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (seit 3. März 2009)	Proactiv Holding AG, Hilden
Mitglied des Wirtschaftsbeirats (seit 1. Juli 2009)	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg
*vormals easytrade services GmbH, Leipzig	
Hans-Peter Schmid	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Vorstands (seit 4. November 2009)	Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf
Ralf Stemmer	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. September 2009)	Postbank Direkt GmbH, Bonn*
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2009)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Board of Directors (seit 1. September 2009)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (seit 1. September 2009)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2009)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
*vormals easytrade services GmbH, Leipzig	

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Königswinter (Vorsitzender)	
John Allan, Company Director Virginia Water, England	bis 1. September 2009
Wilfried Boysen, Kaufmann, Hamburg	
Henry B. Cordes, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn	
Dr. Tessen von Heydebreck, ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin	seit 22. April 2009
Dr. Peter Hoch, Privatier, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Hans-Dieter Petram, Privatier/Berater, Inning	
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech	bis 22. April 2009
Lawrence A. Rosen, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	seit 10. September 2009
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen	bis 22. April 2009
Werner Steinmüller, Mitglied Group Executive Committee, Global Head of Transaction Banking Deutsche Bank AG, Frankfurt	seit 22. April 2009

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Annette Harms, Stv. Vorsitzende Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Elmar Kallfelz, Vorsitzender Europäischer Betriebsrat und Mitglied Gesamtbetriebsrat Deutsche Post AG, Wachtberg	
Torsten Schulte, Leiter Kundenbetreuungszentrum Postbank Direkt GmbH, Hessisch Oldendorf	
Eric Stadler, Vorsitzender Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende Gesamtbetriebsrat Deutsche Postbank AG, Brühl	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2009 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

John Allan	Mitglied des Aufsichtsrats bis 1. September 2009
------------	--

Funktion	Gesellschaft
Chairman (seit 22. Juni 2009)	DSGI plc, Hemel Hempstead
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Non-Executive Director	National Grid plc, London
Non-Executive Director (seit 1. September 2009)	3i plc, London
Mitglied des Board of Directors	ISS Holding A/S, Kopenhagen

Wilfried Boysen

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Henry B. Cordes

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	TLG Immobilien GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 28. Februar 2009)	T-Mobile International AG, Bonn

Dr. Tessen von Heydebreck	Mitglied des Aufsichtsrats seit 22. April 2009
---------------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. April 2009)	BASF S.E., Ludwigshafen

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 4. Juni 2009)	KMS AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 4. Juni 2009)	KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. April 2009)	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Dr. Bernd Pfaffenbach	Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. April 2009
-----------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	KfW-IPEX Bank, Frankfurt am Main

Elmo von Schorlemer	Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. April 2009
---------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum AG, Essen
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum Finanzhaus AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Hannover Direkt Versicherung AG, Hannover

Werner Steinmüller	Mitglied des Aufsichtsrats seit 22. April 2009
--------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Portugal S.A., Lissabon
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank S.A.E., Barcelona
Mitglied des Aufsichtsrats	OOO Deutsche Bank, Moskau
Mitglied des Aufsichtsrats	ZAO „ Deutsche Securities“, Moskau
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kallfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats	Sparkassenzweckverband der Sparkasse Weserbergland, Hameln

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis

Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 23. Februar 2010
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Stefan Jütte



Dr. Mario Daberkow



Marc Heß



Horst Küpker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 24. Februar 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes	Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber
Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations
Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz
EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion
Postbank
Investor Relations

Print  kompensiert
Ident-Nr. 104199

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Berichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

